:antifaschistische nachrichten

Nr. 21

g 3336 19.10.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD gratuliert FPÖ

Österreich. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel gratulierte am 2. Oktober „im Namen der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dem Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs Heinz-Christian Strache zum Erfolg bei der gestrigen Nationalratswahl". Apfel, der am 21. Oktober bei der „41. Politischen Akademie" der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik referieren soll, sieht im FPÖ-Erfolg „ein deutliches Signal für das Erstarken der nationalen Kräfte in Europa". Der Wahlausgang freue ihn auch, „weil damit nach dem Verrat eines Teils der Parteiführung endlich wieder eine authentisch nationale Kraft in Klubstärke im Nationalrat vertreten ist". Schließlich wünscht Apfel „Herrn Strache und seiner Mannschaft alles Gute und viel Kraft im Kampf um die Bewahrung der deutschen Identität Österreichs". *www.doew.at* ■

Naziaufmarsch durch Hamburg auf verkürzter Route. 3000 Demonstranten fordern:

Schluss mit der Duldung faschistischer Umtriebe!

„Wir wollen eine solidarische Stadt, in der antisemitische und rassistische Angriffe von Neonazis entschieden zurückgewiesen werden – klar und eindeutig", erklärte der Hamburger Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Dr. Norman Paech, auf der Auftaktkundgebung des „Bündnis gegen Rechts" am 14. Oktober und charakterisierte die verschiedenen Aktivitäten des Hamburger Bündnis gegen Rechts als „solidarisches Miteinander von Gewerkschaften, politischer Linken und Kulturinitiativen".

Ver.di-Landesbezirksleiter Wolfgang Rose ging in seiner Rede auf den Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau ein, der den „Braunen Demagogen ermöglicht, mit populistischen Schlagwörtern die wachsende Verunsicherung von Menschen auf ihre Mühlen zu lenken".

Im Anschluss zogen 3000 Antifaschisten und Antifaschistinnen vom Gänsemarkt lautstark, friedlich und ohne Zwischenfälle und Übergriffe der Polizei durch die Hamburger Innenstadt.

Zeitgleich startete an dem Gerhard-Hauptmann-Platz ein „Fest für Toleranz und gegen die braunen Parolen", auf dem sich im Laufe des Tages viele hundert Menschen beteiligten und informierten. Für die GAL sprach Christoph Whyl dort von der notwendigen „Selbstverpflichtung für Demokraten und Antifaschisten, gegen rechtsradikale Umtriebe künftig enger zusammenzustehen". Als Anmelder der Kundgebung dankte er den Beteiligten, insbesondere der „künstlerischen Unterstützung durch Mitglieder aus dem Ensemble vom Thalia-Theater und dem Deutschem Schauspielhaus".

Ilse Jacob, die Tochter des antifaschistischen Widerstandskämpfers Franz Jacob, die in Folge ihres Engagements für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Anfang der 70er mit Berufsverbot belegt worden war, hinterfragte die Rolle des Verfassungsschutzes: „Auch Anfang der 70er Jahre war der Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten aktuell. Und auch hier spielte der Verfassungsschutz eine unrühmliche Rolle. Diskriminiert wurden diejenigen, die die Faschisten bekämpften, geschützt wurden von staatlichen Organen die Nazis."

Vier Haltestellen mit der Linie U1 entfernt, nutzten Anwohner und Antifas eine von der Linkspartei angemeldete „Eilversammlung gegen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt", um sich von der Ritterstraße kommend, den Nazis auf ihrer Route entgegen zu stellen. An den friedlichen Protesten und Straßenblockaden beteiligten sich nach Angaben der Hamburger Polizei „bis zu 2.000 Personen aus dem linken Spektrum."

Gegen 16.00 Uhr setzte die Polizei insgesamt 5 Wasserwerfer gegen, als „Störer" denunzierte Antifaschisten und Antifaschistinnen ein. Der Anmelder der Spontandemonstration sprach von einem „zunächst unsortierten", später „unverhältnismäßig und teilweise brutalen Vorgehen der Polizei", um den Aufmarsch der 170 Neonazis gegen den Protest überwiegend jugendlicher Anwohner und Antifaschisten zu ermöglichen. Trotzdem musste die Route der Nazidemonstration mehrfach geändert werden, bevor die Rechten gegen 17.00 Uhr am S-Bahnhof Hasselbrook mit einem Sonderzug der Linie S1 zu ihren Fahrzeugen gebracht wurden.

kun ■

Aus dem Inhalt:

Schlappe für Priesterbrüder

GÖFFINGEN. Der Versuch der Lefebvre-Anhänger von der „Priesterbruderschaft St. Pius X“, in der oberschwäbischen Gemeinde Göffingen eine Schule im Dorfzentrum zu eröffnen, ist gescheitert. Auf einer turbulenten Bürgerversammlung hatten die Bewohner des Dorfes massiv gegen einen geplanten Verkauf der alten Schule an die „Priesterbruderschaft“ protestiert. Eine eigens gegründete Bürger-initiative wandte sich gegen den Verkauf der alten Schule an eine private Einrichtung. In einer Umfrage sprachen sich 190 der 280 Wahlberechtigten dagegen aus. Der Rest enthielt sich. Die Mehrheit der Göffinger BürgerInnen wolle keine Schule „dieser fundamentalistischen kirchlichen Gruppierung“, so der Tenor. Mittlerweile hat die „Priesterbruderschaft“, deren Vertreter während der Versammlung heftig angegangen wurden, ihr Kaufangebot zurückgezogen und droht nun in einer Sonderbeilage zu ihrem „Mitteilungsblatt“: „Wenn der christliche Wiederaufbau in Deutschland, den die Priesterbruderschaft in Angriff genommen hat, in solcher Weise verhindert wird, dann braucht es niemanden zu wundern, wenn statt dessen Islamschulen Einzug halten. Vielleicht gehen statt junger Christen eines Tages ja vollverschleierte Mädchen durch das kleine Dorf am Bussenhang. Das ist die Folge, wenn man katholische Schulen verbietet...“. *hma* ■

Kreuz mit Haken

ÖSTERREICH. Die am rechten Rand des Katholizismus angesiedelte „Initiative katholischer Laien und Priester (IK). Pro Sancta Ecclesia“ mit Sitz im bayrischen Siebnach sieht in ihren aktuellen „IK-Nachrichten“ eine „Bedrohung durch den Islam“. Der Islam wolle keinen Dialog, sondern „Weltherrschaft und Kapitulation“. In ihrem Kampf gegen Frauenordination, Homosexualität und Abtreibung erhalten die christlichen Fundamentalisten Unterstützung auch aus anderen Spektren des rechten Randes.

So soll der langjährige FPÖ-Funktionär Ewald Stadler, im Jahr 2004 Interviewpartner des Parteiorgans der bundesdeutschen „Republikaner“, am 31. Oktober beim IK Innsbruck zum Thema „Der Untergang des Abendlandes auf österreichisch“ referieren. Der IK Linz will am 5. November in Wels eine Veranstaltung mit Dr. Walter Marinovic zum Thema „Der gesteuerte Kulturverfall – Wie wehren wir uns ?“ durchführen. Marinovic hatte in den vergangenen Jahren schon bei der neofaschistischen NPD und der „Gesellschaft für freie Publizistik“ referiert und findet sich auch unter den Autoren der „Deutschen Nationalzeitung“. *hma* ■

Siegerist gründet neue rechte Partei in Bremen

BREMEN. Rund 250 Menschen kamen am Freitag, 6. Oktober auf Einladung von Joachim Siegerist, Chef der „Deutschen Konservativen“, ins Hilton Hotel in Bremen. Siegerist, wegen Aufstachelung zum Rassenhass und Volksverhetzung einschlägig vorbestraft wollte herauszufinden, ob es „ein Bedürfnis nach Veränderung in der Parteienlandschaft“ gibt. Für diesen Fall will er sich im Mai mit einem Wählerbündnis „Bremen muss leben“ zur Bürgerschaftswahl stellen. Das Bündnis soll das Vakuum füllen, das Siegerist in der rechten politischen Mitte ausgemacht haben will. Ursprünglich wollten die „Deutschen Konservativen“ im Marmorsaal des Hotel ÜberFluss tagen. Als die Hotelleitung erfuhr, wen sie sich da ins Haus geholt hatte, stieg sie aus dem Vertrag aus.

Aufgrund der Absprachen zwischen DVU und NPD wird am 13. Mai 2007 allein die DVU zur Bürgerschaftswahl in Bremen antreten. Jetzt erwächst ihr mit „Bremen muss leben“ wohl noch rechte Konkurrenz. *Quellen: Weser-Kurier 7.10., taz Nord 5.10.* ■

Naziaufmärsche in Göttingen und Celle angekündigt

Am 28. Oktober wollen Faschisten nicht nur in Göttingen aufmarschieren, sondern im Anschluss an ihre Kundgebung in Göttingen es auch noch in Celle versuchen. Ab 16 Uhr wollen sie sich am Celler Bahnhof treffen. Mit der Kundgebung in Göttingen, die von 12 bis 14 Uhr dauern soll, sind diese Pläne der Nazis nur schwer kompatibel.

Sollte Adolf Dammann und Christian Worch die Demo in Göttingen genehmigt werden, ist davon auszugehen, dass der Aufmarsch in Celle ausfällt oder zeitlich nach hinten geschoben wird. Antifaschistische Aktionen in Celle sind ebenfalls in Vorbereitung.

Infos auf: www.kein-naziaufmarsch.tk www.antifaschistischeaktioncelle.tk ■

Neonazistische Wahlnachlese

WIEN. Der Bund freier Jugend (BfJ) hat auf stoertebeker einen Kommentar zur Nationalratswahl veröffentlicht. Dieser beginnt mit einer „schlechte[n] Nachricht“: „Weitere 4 Jahre ungebremste Masseneinwanderung von Fremden aus allen Winkeln der Erde in unser Österreich. Weitere 4 Jahre, die unserem geburtenschwachen Volk schwer zusetzen werden.“

Als „gute Nachricht“ wird das Comeback der FPÖ bezeichnet: „Eine halbe Million Wähler haben das Bekenntnis ‘deutsch statt nix verstehen’ mit ihrer Unterschrift unterstützt und damit gezeigt, dass das deutsche Österreich nicht tot zu kriegen ist! 0,5 Millionen Österreicher, die erkannt haben, dass nur eine Heimreise anstatt weiterer Einreise die Völker Europas vor dem drohenden Volkstod bewahren wird können.“

Bei der FPÖ-Abschlusskundgebung in Wien-Favoriten am 29. September wurde übrigens das BfJ-Blatt Jugend Echo verteilt; mehrere Neonazis – mehrheitlich aus dem Skinheadmilieu – konnten dort auch ungehindert ihre Gesinnung zur Schau stellen, etwa durch das Tragen von T-Shirts mit Aufdrucken wie „Odin statt Jesus“ oder „Heimreise statt Einreise“. Einer bekannte sich offen zum militanten bis terroristischen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour, das seit 1998 auch in Österreich aktiv ist. Ein anderer trug stolz ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Hate Society“. So hieß eine deutsche NS-Band im Blood & Honour-Umfeld, die 1999 eine CD mit dem bezeichnenden Titel „Sounds of Racial Hatred“ in Umlauf brachte. Ein Bandmitglied gründete Ende der 90er Jahre den Versand Hate Society Records, bei welchem sich auch heimische Neonazis mit Propagandamaterial und Devotionalien eindecken.

Auf der FPÖ-Abschlusskundgebung wurde auf einem Sweater auch Ian Stuarts gedacht. Der britische Neonazi und Mitbegründer von Blood & Honour gilt als Kultfigur in der Szene: Er war bis zu seinem Unfalltod 1993 Bandleader von Screwdriver, der wohl bekanntesten NS-Band. Die alljährlich stattfindenden „Ian Stuart-Memorial"-Konzerte gelten als wichtiger Treffpunkt für die internationale Neonaziszene.

www.doew.at ■

Mehr RechtsRock-Konzerte in Thüringen 2005

ERFURT. In Thüringen haben im letzten Jahr mehr Konzerte der rechtsradikalen Szene stattgefunden als bisher bekannt. Das berichtete das MDR Thüringen-Journal. Die Redaktion der Fernsehsendung bezieht sich dabei auf ein ihr vorliegendes vertrauliches Dokument des Verfassungsschutzes. Danach gehen die Verfassungsschützer entgegen eigener Meldungen von 32 Veranstaltungen mit Live-Musik aus. Bisher war von 19 Konzerten die Rede. MOBIT hatte im vergangenen Jahr 31 RechtsRock-Konzerte in Thüringen gezählt. http://www.mobit.org/Materialien/2005_Chronik_RechtsRock_Th%FCringen.p

Außerdem soll es weitere rechtsradikale Veranstaltungen gegeben haben, die der Verfassungsschutz aus Gründen des Quellenschutzes in dem Dokument nicht näher benennt. Die Behörde kommt außerdem zu der Einschätzung, dass sich Thüringen aufgrund seiner geografischen Lage als bundesweit wichtiger Veranstaltungsort der rechtsradikalen Szene etabliert hat.

Freies Wort vom 10.10.2006 , MDR Thür.-Journal ■

Delmenhorster Hotel geht wahrscheinlich doch nicht an Rieger

DELMENHORST. Nicht die Stadt Delmenhorst selbst sondern die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Delmenhorst (GSG) verhandelt jetzt mit Hotelbesitzer Günter Mergel über einen Ankauf des Hotels am Stadtpark. In einem Gespräch zwischen GSG-Geschäftsführer Stefan Ludwig und Mergel hat dieser seine Bereitschaft erklärt, das Hotel für drei Millionen Euro zu veräußern.

Der Stadtrat hatte in einer Sondersitzung mit großer Mehrheit beschlossen, Mergel die Drei-Millionen-Offerte zu machen. Dabei setzt das Rathaus auf das so genannte GSG-Modell, das vom Niedersächsischen Innenministerium als rechtlich einzig einwandfreier Weg gebilligt wurde. Es sieht vor, dass die Stadt über die GSG 1,596 Millionen Euro aufbringt (Verkehrswert plus 20-prozentiger Zuschlag, da das Gebäude in einem Sanierungsgebiet liegt). Dazu kämen die inzwischen rund 925000 Euro auf dem Treuhandkonto der Aktion „Hotel am Stadtpark" und knapp 500000 Euro, die die GSG aus eigenen Mitteln beisteuern müsste.

KEINEN METER!
DON'T LET THE NAZIS MARCH, NOT ONE INCH! BIR METRE BILE YOK! FAŞIST YÜRÜYÜŞ STOP!
NAZIAUFMARSCH VERHINDERN! ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION
4.NOV.06 10.00 UHR · DEPOT (...) BREMEN-GRÖPELINGEN

Die GSG würde damit Eigentümerin und Verwalterin des Hotelkomplexes werden, über dessen Nutzung erst nach dem Kauf entschieden werden soll. Dabei sollen sich die Bürger, die maßgeblich am Spendenaufkommen mitgewirkt haben, in angemessener Weise über einen neu zu gründenden Beirat einbringen können.

Inzwischen sind fast 4000 Spenden auf dem städtischen Treuhandkonto der Aktion „Hotel am Stadtpark" eingegangen. Die Zahl der Menschen, die die Aktion bislang unterstützten, liegt allerdings deutlich höher. Denn die Erlöse etwa aus verschiedenen Verkaufsaktionen sind mit nur einer Summe verbucht, obwohl viele Leute etwas beigesteuert haben. Zum Beispiel haben im Anschluss an das „Delmenhorst sagt Nein!"-Konzert in der Aula des Gymnasiums an der Willmsstraße die Besucher 920 Euro für das städtische Treuhandkonto der Aktion „Hotel am Stadtpark" gespendet.

Rathaussprecher Timo Frers sagte, stärkster Tag sei mit 411 Spendeneingängen der 14. August gewesen. Einen Tag später seien es noch 395 gewesen. Eine Spende ging aus Kanada ein, und in jüngster Zeit seien Überweisungen aus Österreich, Großbritannien, Belgien und Luxemburg gefolgt. Innerhalb Deutschlands reichte die Spendenbereitschaft bis Freiburg, Stuttgart und München. Allerdings seien Delmenhorst und die Region am meisten vertreten. *Quelle: www.delmenhorst-sagt-nein.de* ■

Anschlag auf das Büro der VVN-BdA Bremen

BREMEN. In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober wurde erneut die Schaufensterscheibe des Büros der VVN-BdA in Bremen-Walle eingeworfen. Die Polizei sieht einen klaren Bezug zu der für den 4. November angekündigten NPD-Demonstration in Gröpelingen. Es ist bereits das dritte Mal, dass diese Scheibe zerstört wurde und die Täter sind klar im neofaschistischen Lager zu suchen. Die Täter benutzten einen Gullydeckel, dies war auch beim ersten Anschlag, in der Nacht 19./20. Januar 2000, der Fall. Drei Tage vorher waren an die Außenflächen des Büros Signets wie die Wolfsangel geschmiert worden. In der Nacht 18./19. April 2000 wurde die Scheibe erneut, mit einem kleineren Gegenstand, zerstört und die im Fenster hängende Fahne der VVN-BdA gestohlen. In der Nacht 4./5. September 2000 wurden auf die Scheibe Plakate der NPD geklebt, auf das in der Nähe befindliche Denkmal für die Bücherverbrennung ebenfalls ein NPD-Plakat sowie Aufkleber zu Ehren von Rudolf Hess.

Es ist offensichtlich, dass die Täter bei diesem erneuten Anschlag auch ohne dass entsprechende deutliche Spuren hinterlassen wurden, im neofaschistischen Lager zu suchen sind und sich in die Bemühungen der NPD einreiht, im Bremer Westen Fuß zu fassen und den politischen Gegner durch gewaltsame Aktionen einzuschüchtern. Wir fordern alle Organisationen und Einzelpersonen, die in einer nazifreien Stadt leben wollen, auf, ihre Ablehnung durch Plakate, Aufkleber, Transparente, Anstecker oder andere öffentlich sichtbare Mittel deutlich zu machen, damit jedem, der durch die Straßen geht, klar wird, dass Neofaschismus hier nicht erwünscht ist. Außerdem rufen wir auf, die antifaschistische Demonstration am 4. November in

Gröpelingen, Beginn um 10 Uhr an der Straßenbahn-Endhaltestelle Gröpelingen, durch die persönliche Teilnahme Vieler zu einem deutlichen Zeichen gegen Neofaschismus zu machen.

VVN-BdA Landesvorstand Bremen ■

Kritik an Stuttgarter Hakenkreuz-Urteil

BERLIN. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich von dem umstrittenen Urteil des Stuttgarter Landgerichts, das am 29. September einen Versandhändler, der Anti-Nazi-Symbole verkauft, wegen „verbotener Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" zu 3.600 Euro Geldstrafe verurteilt hatte, sofort distanziert. Die Berliner Staatsanwaltschaft werde auch in Zukunft verfremdete Hakenkreuzabbildungen, die ausdrücklich zum Kampf gegen Neonazis dienten, nicht strafrechtlich verfolgen, erklärte der für politische Delikte zuständige Berliner Oberstaatsanwalt Jörg Raupach.

In Berlin hatten bekannte Neonazis schon vor Wochen versucht, Anti-Nazi-Symbole durch Strafanzeigen verbieten zu lassen. René Bethage etwa, Gründer der 2005 verbotenen Kameradschaft „Berliner Alternative Südost", hatte sich während des Wahlkampfs an einem Wahlstand der Grünen Jugend eine Anti-Nazi-Karte besorgt und persönlich dem Justiziar der Berliner Polizei übergeben mit der Aufforderung, dagegen strafrechtlich vorzugehen. Das hat die Polizei nach Rücksprache mit Oberstaatsanwalt Raupach jetzt formell abgelehnt. Auch ein weiterer Versuch von Neonazis, die Justiz gegen solche Antifa Symbole einzuschalten, ist nach Berichten der Grünen Jugend in Berlin gescheitert.

Der Tagesspiegel, 1.10. – rül ■

Eindeutschung im Kindergarten

DIETZENBACH. In 11 städtischen Kindertagesstätten von Dietzenbach, (ca. 37 000 EW im Kreis Offenbach - Migrantenanteil ca. 27 %) muss künftig an zentraler Stelle die deutsche Fahne und ein Bild des Bundespräsidenten aufgehängt werden. Deutsch wird als einzige Umgangssprache festgelegt und den Kindern sollen die gesetzlichen Feiertage nahe gebracht und erläutert werden. Dies lt. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6. 10. auf Antrag der CDU und der Freien Wähler mit Unterstützung der Vertreterin der Republikaner.

Der Vorsitzende der GEW Hessen, Jochen Nagel. kritisiert diesen Beschluss wie folgt: Unlängst hat sich Professor Baring vor der CDU-Landtagsfraktion - unwidersprochen – für die Eindeutschung von Migranten ausgesprochen. Die CDU in Dietzenbach hat nun diesen Ball aufgenommen und sich bemüht, das Kultusministerium in dieser Frage noch zu übertreffen. Zwangsmaßnahmen haben noch nie bei den Betroffenen positive Identifikationen bewirkt. ...

Hilmi Kaya Turan, stv. Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD) sagte, der CDU/FWG-Antrag befördere „die Stigmatisierung der Kinder mit Migrationshintergrund und bediene Ressentiments in der Mehrheitsbevölkerung". Es werde außer Acht gelassen, dass das deutsche Bildungssystem „eines der selektivsten Bildungssysteme der Welt im Hinblick auf sozial- und bildungsschwache Familien ist". Schichten, Sprachen und Kulturen zu akzeptieren sei ein zentraler Schritt hin zu „gleichen Bildungschancen für alle Kinder".

Eine Deutschpflicht in Kindergärten ist nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) ein massiver Eingriff in die Tätigkeit der Erzieherinnen. „Die Erzieherinnen wissen, wie man mit Kindern umgeht, und sie kennen das Ziel, dass am Ende alle Deutsch können müssen. Und sie machen ihre Arbeit sehr gut", sagte der AGAH-Vorsitzende Yilmaz Memisoglu am Montag. Das Deutsch-Diktat widerspreche den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, nach denen nur ein gefestigter Muttersprachenerwerb das Erlernen einer Zweitsprache ermöglicht.

Der durch die zahlreichen Proteste in die Enge getriebene CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Butterweck verteidigte den Beschluss damit, dass auf keinen Fall andere Nationen diskriminiert werden sollten. Wenn die Kinder täglich die Nationalfahne und das Bild des Bundespräsidenten sähen, würden sie aber eines Tages selbst anfangen, Fragen danach zu stellen. Schließlich habe die schwarz-rotgoldene Fahne ja nichts mit dem Dritten Reich zu tun. es gelte, an die Begeisterung während der Fußball-Weltmeisterschaft anzuknüpfen.

rst ■

Geschichtsrevisionisten und SS-Sympathisanten im „Hamburg-Haus"

HAMBURG. Am 21. Oktober 2006 will der Regionalverband Nord des revanchistischen „Bund Junges Ostpreußen" (BJO) im Eimsbüttler Hamburg-Haus seinen „Herbstdiskurs im Norden" abhalten.

Dazu hat er Gerd Schultze-Rhonhof, einen Referenten der extremen Rechten und den „Verein zur Bergung Gefallener in Osteuropa e.V." (VBGO), eine Organisation die eng mit ehemaligen SS-Soldaten zusammenarbeitet, eingeladen. Der BJO ist die offizielle Jugendorganisation der Vertriebenenorganisation „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) und erhebt wie die Mutterorganisation revanchistische Ansprüche gegenüber Polen und Russland. Für den 21. Oktober hat der BJO nun als „hervorragende Referenten" über die „Rolle Ostdeutschlands und Ostpreußens in der aktuellen bundesdeutschen Geschichtspolitik" mit Albrecht Laue und Gerd Schultze-Rhonhof zwei Personen eingeladen, die weiterhin für das rechte Geschichtsbild sorgen werden.

Der Hamburger Albrecht Laue, Vorsitzender des VBGO, spricht über die „Suche und Bergung vermißter Kriegstoter in den ehemaligen Ostgebieten." Der Verein dient seine Hilfe regelmäßig der HIAG, einer Hilfsorganisation von ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen an und inseriert dazu in deren Blättchen „Der Freiwillige". Die ehemaligen SS-Soldaten bedanken sich dafür mit begeisterten Artikeln wie „Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky mit 15 vermißten Soldaten der 4. SS-Polizei-Panzergrenadierdivision geborgen" bei Laues Verein. Der Dank ist aber nicht nur immateriell: Die SS-Kriegsgräberstiftung „Wenn alle Brüder schweigen" spendete dem VBGO 2005 einen Bagger und beträchtliche Summen für seine Arbeit.

Der ehemalige General Schultze-Rhonhof referiert beim BJO über „1939 – Der Krieg der viele Väter hatte. Zur Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung." Er sieht jedoch nicht die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der SS in Osteuropa als Ursache der von den Alliierten beschlossenen Umsiedlung der Deutschen, beschlossen weil ein friedliches Zusammenleben nach 1945 in Osteuropa unmöglich war. Der Ex-General leugnet vielmehr die Kriegsschuld und Expansionspolitik Deutschlands und behauptet, das Deutsche Reich sei von den Nachstaaten quasi in den Krieg getrieben worden. Mit seinem Buch „Der Krieg der viele Väter hatte", tourt Schultz-Rhonhof seit Jahren durch diverse Vereine und Gruppierungen der extremen Rechten, in Hamburg referierte er 2004 bei der berüchtigten Burschenschaft Germania. Der Nationalzeitung der rechtsextremistischen DVU gab er 2005 ein Interview.

Das Hamburg-Haus in Eimsbüttel ist eine Institution, die Menschen aller Religionen, Kulturen und Länder offen steht. Hier treffen sich Gruppen von ehemaligen Verfolgten des Naziregimes und Initiativen aus dem Stadtteil. In diesem Haus sollte kein Platz sein für ewiggestrige Organisationen, die Geschichtsklitterung betreiben und eine Aussöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn hintertreiben. Vor wenigen Wochen wurde eine Veranstaltung der Vertriebenen im Rathaus von Soest mit Gerd Schultze-Rhonhof abgesagt. Das Gleiche fordern wir von den Verantwortlichen des Hamburg-Hauses.

Hamburger Bündnis gegen Rechts, 16. Oktober 2006 ■

Boykott durchbrechen!

BERLIN/KARLSRUHE/JENA/PARIS. Auf einer Aktionskonferenz haben deutsche Initiativgruppen Gedenkveranstaltungen für die Deportationsopfer der Deutschen Reichsbahn beschlossen. Insgesamt drei Millionen Menschen aus fast sämtlichen Staaten Europas waren während der deutschen NS-Herrschaft auf dem Schienenweg in Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt worden. Unter ihnen befanden sich auch elftausend jüdische Kinder aus Frankreich. Bis heute weigert sich die Berliner Bahn AG, das Nachfolgeunternehmen der Deutschen Reichsbahn, auf den Bahnhöfen der früheren Todestransporte Gedenkausstellungen zuzulassen. Wie das milliardenschwere Unternehmen behauptet, fehlten ihm dafür die finanziellen Mittel. Die Teilnehmer der Frankfurter Aktionskonferenz rufen zu bundesweiten Veranstaltungen im Umfeld des 9. November (Reichspogromnacht) auf. Dabei werde man die Bahnreisenden nicht nur an den Knotenpunkten der früheren Todestransporte, sondern auch auf den Deportationsstrecken umfassend informieren, teilen die Initiatoren mit. Auch an grenzüberschreitende Zugläufe sei gedacht.

Aktionen zu Ehren der verschleppten Reichsbahn-Opfer kündigen Initiativen in den Regionen Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Mannheim, Karlsruhe, Weimar und Leipzig an. Demonstrationen und Veranstaltungen sollen im Umfeld des 9. November stattfinden und an die ersten Massendeportationen auf dem deutschen Schienennetz im Jahr 1938 erinnern. Damals folgten den Brandschatzungen jüdischen Eigentums Verhaftungen und Internierungen hunderter Deutscher, die der Ethno-Ordnung der Berliner Regierung anheim fielen oder politisch missliebig waren. Sie wurden von der Reichsbahn in Konzentrationslager verbracht.

In Viehwaggons

Auf die Deportationserfahrungen des November 1938 konnte die Deutsche Reichsbahn zurückgreifen, als sie wenige Jahre später zum größten Logistiker der NS-Massenverbrechen wurde. Beispielhaft und für die Skrupellosigkeit der deutschen Politik kennzeichnend sind die Bahn-Deportationen jüdischer Kinder aus Frankreich. Ihre letzte Reise führte über das zentrale deutsche Schienennetz. Für die Todesfahrten ließ sich die Deutsche Reichsbahn Personenentgelte zahlen. Unter den etwa elftausend Deportierten waren über 600 Kinder deutscher und österreichischer Emigranten. Auf dem Weg in die Vernichtungslager fuhren viele von ihnen durch die Bahnhöfe ihrer Heimatorte - in Viehwaggons.

Bündnisse

Deportationsprotokolle, die der französische Historiker Serge Klarsfeld in mehrjähriger Arbeit rekonstruierte, erlauben eine genaue Identifizierung der Opfer. Die Initiativgruppen halten entsprechende Namenslisten bereit, aus denen die deutsche Herkunft der verschleppten Kinder hervorgeht. Neben großstädtischen Zentren (Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig u.a.) werden auch Mittel- und Kleinstädte als Ausgangspunkte der Todesodyssee genannt, so Bonn, Darmstadt, Duisburg, Hachenburg, Plauen, Rust, Tiengen oder Worms. Die Initiativgruppen rufen dazu auf, in diesen und anderen Orten lokale Bündnisse einzugehen, um die Bahn-Reisenden im Umfeld des 9. November an das namentlich bekannte Schicksal der Verschleppten zu erinnern.

Umwidmung

Die bereits tätigen Initiativen haben angekündigt, zu unterschiedlichen Aktionsformen zu greifen, die ihren jeweiligen Möglichkeiten entsprechen. So werden an einigen Orten Führungen stattfinden, um die Deportationslogistik der früheren Reichsbahn an weiter bestehenden Einrichtungen der heutigen Bahn AG nachzuvollziehen. Andere Initiativen wollen Reisende durch Filmvorführungen informieren oder planen die Umwidmung heutiger Bahnbezeichnungen, um Namen der Deportationsopfer zu ehren. Da die Todeszüge grenzüberschreitend verkehrten, werden die Ehrungen auch benachbarte Regionen einbeziehen, heißt es bei der Initiative Elftausend Kinder. Bündnisse, die im Umkreis des diesjährigen 9. November erstmalig an die Ermordeten erinnern wollen, werden aufgerufen, mit Fotos der Kinder oder Kunstinstallationen in den jeweiligen Bahnhofsbereichen zu informieren.

Exponate

Die von der Deutschen Bahn AG verweigerten Ausstellungen auf den Personenbahnhöfen werden inzwischen von städtischen Einrichtungen in der gesamten Bundesrepublik eingeladen - in einer reduzierten und mit Eigenmitteln ausgestalteten Version. Neben Leipzig haben Veranstalter in Potsdam, Pforzheim, Eutin und Delmenhorst angefragt, ob eine leihweise Präsentation der Exponate möglich ist. Bei den Ausstellungsgegenständen handelt es sich vor allem um Fotos und letzte Briefe der Kinder, die sie auf die Gleise der Deutschen Reichsbahn warfen. Wegen der Kosten für die inhaltliche Aktualisierung und den Transport der Ausstellung ist eine Ausweitung des bundesweiten Umlaufs gegenwärtig unmöglich. Die Initiativen hoffen, dass die reduzierte Ausstellungsversion die eigentliche Bahnhofsausstellung flankieren und überall dort zu sehen sein wird, wo die Bahnhofsausstellung nicht aufgebaut werden kann.

Vorbereitet

Ob es zur Erinnerung an die elftausend Kinder und alle anderen Bahndeportierten durch einvernehmliche Absprachen mit der Bahn AG kommt, ist weiter ungewiss.[3] Entsprechende Bemühungen des Bundesministers für Verkehr gingen bisher ins Leere. „Wir sind darauf vorbereitet, den Erinnerungsboykott zu durchbrechen und die Kinder im November zu ehren", heißt es bei den bundesweiten Initiativen auf Anfrage dieser Redaktion.

6.10.2006

www.german-foreign-policy.com ■

Bahn AG muss sich historischer Verantwortung stellen

Ulla Jelpke begrüßt Engagement von Initiativen zum Gedenken an Deportationen durch die Reichsbahn ab 1938

Verschiedene lokale Initiativen haben beschlossen, im Vorfeld des 9. November (Jahrestag der Reichspogromnacht 1938) mit Aktionen und Veranstaltungen an die Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an der Deportation von drei Millionen Jüdinnen und Juden aus ganz Europa zu erinnern. Sie reagieren damit auf die fortgesetzte Weigerung der Deutschen Bahn AG, eine Ausstellung über 11.000 Kinder, die Opfer dieser Deportationen geworden sind, auf ihren Bahnhöfen zu zeigen.

Zuletzt war ein Vertreter der Bahn AG zu einem mehrfach verschobenen Treffen im Bundesverkehrsministerium am 26. September nicht erschienen. Zwischen Abgeordneten aller Fraktionen und dem Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) besteht große Einigkeit, dass die Bahn die Ausstellung endlich in ihren Bahnhöfen zeigt. „Das Verhalten der Bahn AG in diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar" erklärt dazu Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. „Die Deutsche Reichsbahn hat die Deportationen von Jüdinnen und Juden logistisch möglich gemacht. Für die Todesfahrten hat sie sich Personenentgelte zahlen lassen. Die Bahn AG als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn steht in der Pflicht, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen und das Gedenken an die Opfer der Deportationen wach zu halten. Ich fordere die Bahn AG auf, endlich ihre Blockadehaltung aufzugeben und die Ausstellung über die 11.000 deportierten Kinder in ihren Bahnhöfen zu zeigen." *Berlin, den 06. Oktober 2006* ■

380 Paten eines Bausteins für das Deserteur-Denkmal in Stuttgart gesucht

An die Opfer der Kriege – Zivilisten und Soldaten – erinnern Dutzende Denkmale. Doch an diejenigen, die sich dem Krieg entzogen haben bzw. sich heute entziehen, wird gewöhnlich im negativen Sinn gedacht – sie gelten meist als „Verräter“ und „Feiglinge“; gemeint sind die Deserteure. Die Deserteure des Zweiten Weltkriegs sind erst 2002 durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden. Auch heute gibt es Deserteure und totale Kriegsdienstverweigerer in vielen Ländern. Wegen „Fahnenflucht“ und „Befehlsverweigerung“ werden sie bestraft, zum Teil mit Gefängnis, manche gar mit dem Tod.

Seit fast 10 Jahren setzt sich die Initiative Deserteur-Denkmal dafür ein, dass auch in Stuttgart – wie 2005 auch in Ulm – ein solches Denkmal errichtet wird. Alle Anfragen an die Stadt Stuttgart, einen Platz für das Denkmal zur Verfügung zu stellen, sind bis jetzt ablehnend beschieden worden. Die Begründung des Oberbürgermeisters, Stuttgart habe bereits ein Denkmal für die Kriegsopfer, kann uns nicht überzeugen. Wir haben weiter die öffentliche Diskussion gesucht und den Kontakt zu Ludwig Baumann, einem der letzten noch lebenden Wehrmacht-Deserteure, gepflegt.

Es gibt die Zusage vom Theaterhaus am Pragsattel, das Denkmal dort für einige Monate aufzustellen. In einem ersten Schritte benötigen wir zunächst bis Mitte Oktober 2006 eine Zusage über 15.000 Euro, um die Erstellung des Denkmals auf den Weg zu bringen.

Übernehmen auch Sie eine oder mehrere von insgesamt 380 Patenschaften für einen Baustein im Wert von 50 Euro.

Überweisen Sie Ihren Beitrag auf unser Spendenkonto: PAX AN e.V., Konto-Nummer 361349705, Postbank Stuttgart, BLZ 60010070, Stichwort: Patenschaft Denkmal

Alle weiteren Informationen: www.deserteurdenkmal-stuttgart.de ■

Naumburg 1933 – 1945

Der Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes Sachsen-Anhalt, Basisgruppe Naumburg, hat mit anderen Bürgern Naumburgs eine Ausstellung zum Thema „Naumburg 1933 – 1945“ erstellt, die vom 4. bis 23. September im Jugendzentrum Naumburg gezeigt wurde. Sie war gut besucht von Schulklassen und anderen Bürgern aus Naumburg und umliegenden Orten. Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt hat eine Teilfinanzierung versprochen und der Landrat vom Burgenlandkreis hatte die Erarbeitung öffentlich unterstützt.

Was geschah vor unserer Haustür?

Wie verhielten sich die Bürger der Stadt Naumburg unter der nationalsozialistischen Herrschaft?

Warum entschieden sich so viele Naumburger aus allen sozialen Schichten für das NS-System, andere aber für Opposition oder Widerstand?

Diesen Fragen geht die Ausstellung nach. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die vielen Erinnerungsberichte von Zeitzeugen.

Die vom Grafiker Steffen Schumer gestaltete Ausstellung ist als Wanderausstellung gedacht und kann verliehen werden. Im November wird sie im Landratsamt des Burgenlandkreises zu sehen sein.

IVVdN Naumburg ■

Kontakt für die Verleihung über Telefon 03445-77 97 74 oder 03445-77 73 61.

Landesregierung Niedersachsen auf Antifakurs

HANNOVER. Der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Jürgen Gansäuer, hat ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit gesetzt. An alle Schulen des Landes Niedersachsen ließ er ein Plakat verschicken, das unter dem Titel „Parolen des Grauens“ und der Bitte um Aushang eine Fotokollage der Eingangstore verschiedener Konzentrations- und Vernichtungslager des Nationalsozialismus darstellt.

Das im künstlerischen Ausdruck an die Halbjahresarbeit des Wahlpflichtkurses „Kunst“ der achten Klasse einer Hauptschule gemahnende Plakat mit der Fotokollage der Eingangstore KZ Groß-Rosen, Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Esterwegen und Bergen-Belsen wird durch ein zweiseitiges Schreiben begleitet.

Das in Abstimmung mit dem Kultusminister des Landes Niedersachsen, Herrn Busemann hergestellte Plakat soll nach Worten des Landtagspräsidenten Gansäuer „insbesondere junge“ Menschen an die Problematik des Nationalsozialismus mit seinem Schrecken und seinen grauenvollen Konsequenzen heran(zu)führen und damit zugleich ein Zeichen (zu) setzen gegen Rechtsradikalismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“.

Im zweiten Teil des Anschreibens wird die Herkunft der Inschriften „Jedem das Seine“ und „Arbeit macht frei“ im Stile eines Kurzreferates erahnbar gemacht. Und das muss man dem Anschreiben lassen: Jedem Sechstklässler wäre dafür ein „gut“ sicher gewesen.

Jürgen Gansäuer befindet sich mit seinen historischen Erkenntnissen auf der Höhe der Zeit der Adenauer Ära. Parolen des Grauens: Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassenwahn – so fing es an. Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Esterwegen, Bergen-Belsen ... da führte es hin.

70 Jahre historische Forschung über Hintergründe der Machtübertragung an die Nazis auf den Punkt gebracht: Die KZ-Parolen sind es gewesen! Da hätte man ja auch früher drauf kommen können.

Mit diesen Zeilen wäre Herrn Gansäuers äußerst schlicht gestricktes historisches Wissen von pisamäßigen Ausmaßen und sein Parolen des Grauens widergebendes Anschreiben eigentlich erledigt, wenn er nicht unschuldige Kinder mit seinem – ähem – Geschichtsbild behelligen wollte: „Bei Bedarf bin ich gern bereit, Ihnen weitere Exemplare zur Verfügung zu stellen.“

Dafür ist Geld da. Die Mittel für politische Bildung sind in Niedersachsen drastisch gekürzt worden.

d.h ■

HANDELN! STATT WEGSCHAUEN

STATT SOZIALNEID UND SÜNDENBOCKIDEOLOGIE, WÜRDE ALLER MENSCHEN ACHTEN! NATIONALISMUS, ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS NICHT DULDEN!

„WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT“

16. ANTIRA/ANTIFA RATSCHLAG THÜRINGEN

11. NOVEMBER 2006 PÖßNECK

10 Uhr Antifaschistisches Plenum. Shedhalle, Karl-Gustav-Vogel-Str. 3
12 Uhr „Großer Spaziergang“ durch die Stadt
13 Uhr Workshops im Gymnasium
17 Uhr Mahnwache gegen Antisemitismus Opfer der Judenverfolgung in Pößneck
18 Uhr Friedensgebet, Kultur/Musik Stadtkirche

PROGRAMM

10 Uhr: Antifaschistisches Plenum, Shedhalle, Karl-Gustav-Vogel-Str. 3
12 Uhr: „Großer Spaziergang“ - Mahngang durch die Stadt zum Gymnasium

13 Uhr: Workshops und Foren, Gymnasium, Schillerplatz

- Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen/Stammtischparolen (Argumentationstraining)
- Erfahrungen des ABC bei der Arbeit gegen Rechts in Pößneck
- Zivilcourage leben! Courage lernen durch Aktionstheater
- „Opfer rechter Gewalt“ – ein Workshop mit Besuch der Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“
- Nie wieder Auschwitz – nie wieder Antisemitismus
- Die Codes, Zeichen und Symbole des Neonazismus
- Die „Artgemeinschaft“ – nazistische Religion? Immobilienprojekte der rechtsextremen Protagonisten
- Prävention im Sport
- Umgang mit Übergriffen: Ziviler Ungehorsam! Rechtsextreme Gewalt - geringe und falsche Reaktion des Staates und der Polizei
- Geheimdienste

17 Uhr: Mahnwache gegen Antisemitismus - Opfer der Judenverfolgung in Pößneck,
18 Uhr: Friedensgebet, Kultur/Musik, Stadtkirche. Kirchplatz

GestalterInnen: LAG AntiRa/Antifa Thüringen; Aktionsbündnis Courage Pößneck; Kontaktstelle für Demokratie und Zivilcourage; Initiative für Toleranz und Aufklärung; Evangelische Kirche Pößneck; Ev. Jugend Kirchenkreis Schleiz und unterstützt von: IG Metall Jena-Saalfeld; Gewerkschaft ver.di Ostthüringen; ver.di FB Handel und Besondere Dienstleistungen Thüringen; Naturfreundejugend Gotha; DGB Thüringen; Young Socialists Gotha; Linkspartei. PDS Pößneck und Landtagsfraktion Thüringen; VVN-BdA Thüringer, Verband der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen e.V.; WKB Linkspartei.PDS Schmieritz

Le Pen in Valmy, Le Pen in Korsika:

Allgemeines ideologisches Vereinnahmungsprogramm

Bereits in der Vergangenheit hat die extreme Rechte im Allgemeinen, und Jean-Marie Le Pen (Parteichef des Front National, FN) im Besonderen eine gewisse ideologische Wandlungsfähigkeit bewiesen. Einem Chamäleon ähnlich, schlüpf(t)en sie in unterschiedliche ideologische Aufzüge, sofern es nur dem einen Zweck diente: mittels immer wieder erneuerter Provokation das ideologische Gift von der „natürlich Ungleichheit der Menschen“, von der Höherwertigkeit des „Eigenen“ gegenüber dem Fremden zu verbreiten. Das ist geschichtlich betrachtet keine Überraschung, hat doch auch der historische Faschismus eine ähnliche Anpassungsfähigkeit bewiesen. Hier wollte er Kampfpartei in den Augen der sozial Unzufriedenen und nach Umwälzung Trachtenden sein, dort bildete er die Ordnungspartei für die Besitzenden und Mächtigen.

Le Pen und die Schlacht von Valmy

Am 20. September 2O06 eröffnete Jean-Marie Le Pen seinen Präsidentschaftswahlkampf für die Wahl, die am 22. April kommenden Jahres (erste Runde) stattfinden wird. Den Wahlkampfauftakt legte er, wie oft, an einen symbolischen Ort. In diesem Jahr allerdings sorgte die Ortswahl bzw. das damit verbundene Symbol für einiges Zähneknirschen unter den Kadern des FN.

Es war die Tochter des Parteichefs, Marine Le Pen, die für die Ortswahl verantwortlich zeichnet. Die 38jährige, die um „Modernisierung“ der französischen extremen Rechten und ansatzweise um bürgerliche Salonfähigkeit bemüht ist und die möglicherweise ihrem Vater an der Parteispitze nachfolgen soll, hatte dafür plädiert, ein Symbol der (angeblichen) Republiktreue der rechtsextremen Partei zu setzen. Daher fiel die Wahl auf Valmy.

Die kleine Örtlichkeit im ostfranzösischen Département Marne (Bezirk um Reims und Chalons-en-Champagne) liegt in der Nähe des Schlachtfelds, auf dem am 20. September 1792 die französische Armee ihren ersten Sieg gegen die Monarchien Europas davontrug. Konkret standen 47.000 Soldaten der Armee von Dumouriez den 35.000 Preußen unter Führung des Herzogs von Braunschweig gegenüber. Wir sind im Kontext der Französischen Revolution: In Paris ist der König nach einem Fluchtversuch durch das Volk gefangen gesetzt worden und hat real nicht mehr viel zu melden. Die versammelten europäischen Monarchien (Preußen, Österreich-Ungarn...) und die royalistischen französischen Exilanten in Koblenz möchten das junge bürgerliche Regime plattwalzen, um den „revolutionären Brandherd“ auf dem Kontinent einzudämmen. Bei der Schlacht von Valmy rücken die französischen Freiwilligen vor, indem sie ihre Hüte auf die Gewehre aufspießten und „Vive la Nation“ riefen. Das ist im damaligen Kontext nicht als chauvinistischer Schlachtruf gegen andere Völker gemeint, sondern als Bekenntnis zur Volkssouveränität im bürgerlich-demokratischen Verständnis.

Am Ort des Schlacht-Geschehens selbst passiert konkret nicht allzu viel: Die französischen Soldaten – großenteils Freiwillige, die für den Fortbestand ihrer (bürgerlichen) Revolution kämpfen – erringen einen relativ leichten Sieg, weil im Lager der Preußen die Diphterie ausgebrochen ist. Insgesamt werden 300 Tote auf französischer Seite und 184 bei den Preußen verzeichnet, das ist, nun ja, für damalige Verhältnisse und relativ betrachtet „nicht sehr viel“. Durchschlagend dagegen sind die politische Auswirkungen von „Valmy“, nachdem der Beweis erbracht worden ist, dass das sich (mehr oder weniger) selbst regierende und unter Waffen mobilisierte Volk auch ohne bzw. gegen die Monarchen gewinnen kann. Am Tag nach der Schlacht wird der König abgesetzt und zum ersten Mal die Republik ausgerufen. Vier Monate später wird der frühere Monarch, Louis XVI., dann um eine Kopflänge verkürzt. Am 21. Januar 1793...

Einwände innerhalb der extremen Rechten

Aus all diesen Gründen war „Valmy“ bei der extremen Rechten bisher nie populär. Die politischen Vorläufer der heutigen Rechtsextremen standen damals, 1792, nämlich überwiegend auf der anderen Seite. Zu den besonderen Charaktermerkmalen der französischen extremen Rechten gehört die hohe Bedeutung der historischen Zäsur, die die Jahre 1789 ff. darstellen (die Zerstörung der alt hergebrachten Ordnung auf gewaltsamem Wege durch das aufstrebende Bürgertum), und das vergleichsweise hohe Gewicht der Monarchisten in ihrem Inneren. Denn der französische Monarchismus ist nicht nur pure apolitische Nostalgie, im Sinne einer folgenlosen Sehnsucht nach dem weit zurückliegenden „Glanz“ früherer Zeiten, sondern basiert auf einem politischen Grundsatzentscheid: der Ablehnung der 1789 ff. erfolgten Umwälzung der „natürlichen Ordnung“ durch die Bourgeoisie, unter Anrufung der Vernunft und unter Beru-

fung auf die allgemeine Gleichheit der Menschen. Freilich besteht die französische extreme Rechte nicht ausschließlich aus pro-monarchistischen Elementen, sondern bildet (was ihre eigenen politischen Visionen von einer anzustrebenden Staatsform betrifft) ein ideologisch heterogenes Konglomerat aus Monarchisten, autoritären Republikanern und aus Nacheiferern des historischen Faschismus.

Bei seinem diesjährigen Auftritt musste Jean-Marie Le Pen, der Vorgabe seiner Tochter im Sinne einer „Modernisierung" der Partei folgend, sich also auch über anhaltende offene wie passive Widerstände innerhalb des FN hinweg setzen. Während die Cheftochter Marine Le Pen programmatisch davon sprach, es gehe darum, „die Republik und die Nation zu versöhnen" (und damit die Nation im Blut-und-Boden-Sinne der extremen Rechten im Sinne hatte, nicht im Sinne der universalistischen Republik, die in den Gründerjahren 1789 ff. vorherrschend war), setzten andere FN-Funktionäre ziemlich unterschiedliche Akzente.

Le Pen auf Wahlkampftour in Korsika

Das fing bei der derzeitigen „Nummer Zwei" der Partei an, ihrem Generalbeauftragten (délégué général) Bruno Gollnisch. Dieser Rivale von Marine Le Pen im Ringen um die Nachfolge des 78-jährigen alternden Chefs lieb in seiner Stellungnahme die Republik und die Revolution gar völlig unerwähnt. Er wollte im Geschehen von Valmy nur „den Ruck, (der) gegen die ausländische Invasion durch die Nation (ging)" erblicken – eine Vision, die ihm durchaus in den Kram passt und in seinem Sinne auch auf andere Kontexte leicht übertragbar ist. Der örtliche Bezirkssekretär des FN im Département Marne, Pascal Erre, äußerte sich seinerseits in seinem Blog im Internet. Dabei definierte er die Staatsform der Republik mal kurzerhand unter den Tisch. Der Begriff komme vom lateinischen Ausdruck Res publica (die öffentliche Sache) – was soweit tatsächlich zutrifft, denn so bezeichneten die alten Römer schon über zwei Jahrhunderte vor der christlichen Zeitrechnung ihr Staatswesen, nachdem sie ihre Monarchie gestürzt hatten. Insofern bezeichnete der Begriff also schon damals durchaus eine bestimmte politische Ordnung, und nicht eine beliebige. Nicht so in den Augen von Pascal Erre, der dazu weiter schrieb, die so bestimmte „öffentliche Sache" bedeute ungefähr so viel wie „Gemeinwohl", und „es entspringt daraus keinerlei besondere Regierungsform". Also könnte sich auch eine Diktatur durchaus so nennen...

Ideologisches Kompromissangebot ans eigene Lager

Jean-Marie Le Pen wäre nicht er selbst, hätte er es nicht vermocht, eine ideologische „Synthese" zusammenzubrauen, die allen unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb der extremen Rechten etwas zu bieten haben soll. So führte er in seiner Ansprache in Valmy u.a. aus: „Von Gergovia (Anm.: Schlacht der Gallier gegen die Römer im 1. Jahrhundert v. Chr.) über die Kapetianer (Anm.: die Frankreich über Jahrhunderte hinweg regierende Dynastie, die 1792/93 endgültig gestürzt wurde) und die napoléonische Heldensaga bis zur Résistance: Ich nehme alles. Ja, alles. Weit davon entfernt, die unterschiedlichen Epochen in Gegensatz zueinander zu stellen, gehöre ich zu denen, die meinen, dass ein gewisser Zentralismus der Republik seine Wurzel in der (Zeit der Monarchie) hat". Damit rückte er eine Vision in den Mittelpunkt, die die Kontinuität des Staates und „der Nation" als Absolutes herausstellt und die (bürgerliche) Revolution – die dadurch jeglichen politischen Inhalts beraubt wird – irgendwo in der Mitte dieser langen Kontinuitätskette einreiht.

„Die Soldaten, die hier siegten, taten es mit dem Ruf 'Vive la nation!' (Anm.: vgl. oben) Das ist der Ruf, den wir seit 30 Jahren ausstoben. (...) Wir sind die wahren, die einzigen Verteidiger der Republik, denn die Republik kann nur national sein," erklärte er ferner. Hinzu fügend, dass es (so Le Pen zumindest implizit) doch eine Hierarchie zwischen beiden Konzepten gebe, denn „die Nation kann auch nicht republikanisch verfasst sein, die Republik dagegen kann nur national sein." Und schwuppdiwupp!, findet sich das Besondere der französischen (ursprünglich als universalistische konzipierten) Republik weg definiert... und die vorgebliche Verteidigung der Republik umdefiniert in die Unterstützung der Vision eines völkische Homogenisierung betreibenden Nationalstaats. – Dass es gerade in Frankreich noch eine andere Vision der (universalistischen, auf das Ius Soli aufbauende) Republik gab und gibt, konnte Le Pen freilich nicht völlig unerwähnt lassen. Er klagte ein solches Konzept mit den Worten an, dass es ein Unding sei, „eine universelle, abstrakte, un-fleischliche Republik zu feiern, die morgen durch eine Bevölkerung weltweiter Herkunft gebildet werden könnte und (es) sogar soll."

Bleibt hinzuzufügen, dass Le Pen in Valmy von GegendemonstrantInnen empfangen wurde, u.a. von den örtlichen Jungsozialisten und von der Lehrergewerkschaft FSU. Diese verwahrten sich strikt dagegen, dass der Chef des FN die repblikanischen Symbole besetze. Die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' (Ausgabe vom Abend des 21. September) notiert in diesem Sinne, dass die antifaschistischen Demonstranten die republikanische Nationalhymne – La Marseillaise – gesungen, das FN-Publikum dagegen in dem Moment nur „Le Pen, président" skandiert habe. Die FN-Wochenzeitung ‚National Hebdo' (vom 28. September) hält dagegen, dass beide Seiten die Nationalhymne gesungen hätten... Auf der Ebene der Nationalsymbole, selbst wenn sie eine republikanische Geschichte haben, die der FN zu Unrecht für sich beansprucht, sollte man die extreme Rechte wohl nicht gerade zu schlagen versuchen. (Die Jusos hatten neben ein paar französischen auch ein paar EU-Flaggen dabei. Weshalb man wiederum nicht die EU toll finden muss...)

Bernhard Schmid, Paris ■

Dieudonné wird nicht kandidieren

Paris. Der französische schwarze Komiker und Theatermacher Dieudonné M'bala M'bala, bekannt unter seinem Vornamen als Künstlername, hat seinen Plan aufgegeben, als Kandidat bei der französischen Präsidentschaftswahl anzutreten. Dies gab er in einem längeren Interview mit der Boulevardzeitung ‚France Soir' (Ausgabe vom 11. Oktober) bekannt. Er habe nicht genügend finanzielle Mittel, um sich um die Unterstützungsunterschriften von Mandatsträgern der Republik (Bürgermeistern, Abgeordneten...) zu bemühen. Ein Bewerber muss, um zur Präsidentschaftswahl antreten zu können, über 500 solcher Unterschriften vorweisen. Dies stellt eine bedeutende Hürde für Kandidaturen außerhalb der großen Parteien dar. Die Kandidaten kleinerer und mittlerer politischer Kräfte schicken deshalb zur Zeit Anhänger/innen quer über Land, um bei den Bürgermeistern der kleinen und sehr kleinen Kommunen (Frankreich hat 36.000 Kommunen, davon 30.000 kleine bis winzige im ländlichen Raum) um Unterschriften «im Namen des demokratischen Pluralismus» anzuklopfen. Das kostet Zeit, Geld (für Benzin!) und Nerven. Dieudonné behauptet in dem Interview selbst, von 200 Mandatsträgern das Versprechen auf eine Unterschrift zu haben, was aber nicht genügt. Und selbst das dürfte wohl noch pure Großsprecherei sein...

Dieudonné, der in den 90er Jahren als Repräsentant des Antirassismus galt, hat in den letzten 2 bis 3 Jahren vor allem durch antijüdische Ausfälle auf sich aufmerksam gemacht. Im April dieses Jahres gab er der ersten Nummer der (nach 13-jähriger Pause wieder erscheinenden) nationalrevolutionären Zeitschrift ‚Le Choc du mois' ein Interview. In den letzten Augusttagen reiste er u.a. zusammen mit neofaschistischen, FN-nahen Journalisten nach Beirut (AN berichteten ausführlich). Dass dem französischen Publikum seine Präsidentschaftskandidatur erspart bleibt, ist also verschärft zu begrüßen. *BhS* ■

Der Libanonkrieg und das Schweigen der Komplizen

Auszüge aus einer Analyse von Claudia Haydt, IMI Thüringen

www.imi-online.de

Am 20. September 2006 stimmte der Bundestag in Berlin mehrheitlich für das was längst schon feststand, die Bundeswehr wird sich an der UN-Truppe im Libanon (UNIFIL) mit bis zu 2400 Soldatinnen und Soldaten beteiligen. Diese hatten bereits die Koffer gepackt und schon am nächsten Tag brachen zwei Fregatten, vier Schnellboote und zwei Versorgungsschiffe mit 1000 Soldaten an Bord von Wilhelmshaven Richtung Mittelmeer auf. Politische Entscheidungen des Parlaments verkommen zur reinen Formalie, wenn ein Tag nach der Entscheidung Schiffe vollbesetzt auslaufen. Die Medienberichterstattung des 21. Septembers konzentrierte sich auf anrührende Bilder von zurückbleibenden Partnerinnen und Kindern der Soldaten und Kanzlerin Merkel, die vor diesem Hintergrund erklärte, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr für deren gewachsene Aufgabengebiete nicht mehr ausreiche. Die Einstimmung der Bevölkerung auf höhere Militärausgabe mit der Fürsorge für Soldaten und ihre Angehörigen zu begründen ist nicht neu, aber dennoch emotional effektiv. Wenn Merkel davon redet, die Mittel, die Deutschland derzeit für seine Verteidigung aufwende, seien „auf mittlere und längere Sicht nicht ausreichend", dann meint sie damit jedoch weniger das Wohl der Soldaten, es geht ihr wohl eher um die Möglichkeit, militärische Machtpolitik auszuüben. „Es müssten die militärischen Fähigkeiten mit den Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden, um politische Verantwortung zu übernehmen."(1)

Die Frage, ob es überhaupt nötig oder gar sinnvoll ist, deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken, gerät zur Nebensache. Am 11. August verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1701. In ihrem Rahmen sollen die deutschen Soldaten Unterstützung bei der Absicherung der seeseitigen Grenzen leisten. Waffenschmuggel fand allerdings bisher vorwiegend über den Landweg statt. Es ist einerseits sehr unwahrscheinlich, dass sich dies ändern wird, andererseits ist Waffenschmuggel insgesamt schwer zu stoppen, wenn die entsprechenden Akteure die Unterstützung der Bevölkerung haben.

Der militärische Sinn einer deutschen Präsenz vor dem Libanon ist also mehr als zweifelhaft. Erreicht wird durch den Einsatz der Bundeswehr in der Region Naher Osten aber auf jeden Fall eine völlige Enttabuisierung deutscher Militäreinsätze. Nach diesem Einsatz ist weltweit keine Region mehr denkbar in der aus welchen moralischen Gründen auch immer deutsche Soldaten NICHT eingesetzt werden können.

Die Kosten für den deutschen Einsatz werden auf 200 Millionen angesetzt, die italienische Regierung setzt ihre Kosten bis August 2007 mit ca. 800 Millionen an (NZZ, 31.8.2006). Allein die Einsatzkosten dieser zwei Länder sind somit höher als die für den Wiederaufbau versprochenen Gelder der Geberkonferenz. Timur Goksel, ein ehemaliger Blauhelm-Sprecher, spricht das aus was viele zivile Organisationen bewegt, er bezweifelt den Sinn des großen Marineeinsatzes, den die Deutschen leiten werden. Viel dringender sei es die „Minen und Streubomben wegzuräumen. ... Da brauchen wir umfangreiche Hilfe. Was derzeit in diesem Bereich passiert, ist längst nicht genug, es ist eine sehr mühselige Arbeit. Dies hätte Deutschland übernehmen können, ohne Soldaten zu schicken. In diesem Bereich den Menschen technische Hilfe zu geben, wäre etwas gewesen, das den Libanesen viel mehr bedeutet hätte." (Tagesschau, 20.9.2006)

Ein Einsatz von historischer Dimension

Die deutsche Beteiligung am UNIFIL-Einsatz und besonders ihre Begründung lässt in der Region erhebliche Zweifel an der Neutralität des Einsatzes aufkommen. „Die Deutschen haben erklärt, dass sie mit ihrer Mission das Ziel verfolgten, Israel zu schützen", erklärte der syrische Staatschef Assad in einem Interview mit der spanischen Zeitung El País. „Damit disqualifizieren sie ihren Einsatz selbst."(2)

Assad fürchtet offensichtlich auch um den syrischen Einfluss auf die Innenpolitik und die Ökonomie des Libanon. Gerade letztere könnte durch die UN-Truppen tatsächlich beeinträchtigt werden. Es ist davon auszugehen, dass Warenlieferungen zwischen dem Libanon und Syrien auf dem Land- oder auf dem Seeweg genau kontrolliert werden. Verzögerungen und Störungen auch der zivilen Transporte sind dabei sehr wahrscheinlich. Dass Frankreich, Deutschland und Italien sowohl maßgebliche Truppensteller als auch maßgebliche Handelspartner des Libanon sind, stärkt ihre Glaubwürdigkeit nicht unbedingt. Am meisten diskreditiert haben sich wesentliche Truppensteller der UNIFIL-Truppe aber durch ihr langes Zögern, einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern.

Schweigen macht zu Komplizen

Das Leid der Bevölkerung im Libanon und in Israel während des Libanonkriegs war von Anfang an nicht zu übersehen. Die Hisbollah-Milizen haben während des Libanonkriegs vorsätzlich Zivilpersonen und zivile Objekte in Israel unter Beschuss genommen und in anderen Fällen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden. Völkerrechtlich ist beides als Kriegsverbrechen zu beurteilen. Ein Bericht von amnesty international (ai) kommt zu dieser eindeutigen Einschätzung.(3) Katyuschas töteten 43 Menschen (sieben davon Kinder) und verletzten über 4.000 Zivilisten im Norden Israels. 19 der Opfer waren arabische Israelis. Auch zwölf Soldaten wurden Opfer von Katyuscha-Angriffen. Etwas mehr als hundert weitere Soldaten starben in Kampfhandlungen mit der Hisbollah, durch Unfälle und in einem Fall durch eine israelische Mine aus dem letzten Libanonkrieg.

Über tausend Zivilisten starben im Libanon, ein Drittel davon waren Kinder. Die libanesische Armee war keine Kriegspartei, dennoch starben ca. 30 Soldaten. Die Hisbollah gibt 80 unter ihren Kämpfern an, während die israelische Armee von über 500 getöteten Hisbollahkämpfern berichtete. Fest steht, dass der größte Teil der Opfer im Libanon Zivilisten waren. Die Kampfhandlungen zwangen in Israel bis zu 500.000 und im Libanon eine Million Menschen in die Flucht.

Warum fiel es den meisten westlichen Staaten so schwer angesichts des unsäglichen Leids der betroffenen Menschen im Libanon und in Israel von beiden Konfliktparteien einen bedingungslosen und sofortigen Waffenstillstand zu verlangen?

Ein zentraler Punkt ist wohl die starke Kompromittierung der USA und vieler EU-Staaten durch ihre eigene Interventionspolitik. Die „Logik" des „Krieges gegen den Terror" ist in ihrer brachialen Machtausübung und Ignoranz gegenüber völkerrechtlichen Bestimmungen nicht grundlegend vom Vorgehen der israelischen Armee zu unterscheiden. Auch die Systematik der Kriegsführung, die unten anhand der Luftkriegskonzepte genauer ausgeführt wird, unterscheidet sich kaum.

→

Neue Studie: Verdeckter Rassismus in deutschen Stadien nimmt zu

BERLIN. Eine neue Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp) belegt, dass Rassismus zum Fußballalltag gehört. Vor allem in den unteren Ligen und im Osten der Republik hat der Rassismus die Fangemeinden unterwandert. Laut der Studie, die jetzt von einem Forscherteam unter Leitung von Gunther Pilz in Berlin vorgestellt wurde, sei der Rassismus im deutschen Fußball in den letzten Jahren nicht verschwunden – er werde nur zunehmend verdeckt praktiziert. „Der offene Rassismus ist zur Ausnahme geworden. Durch intensivere Gegenmaßnahmen hat eine Verlagerung des verbalen Rassismus in das Umfeld der Stadien und in die unteren Ligen stattgefunden", fasst Pilz die Kernaussage der Ergebnisse zusammen.

Im Stadion – dort wo die Medien über Fußball als Event berichten – herrsche meist trügerische Ruhe. Wesentlich offener werde rassistisches Verhalten dagegen im Stadionumfeld – etwa bei der Anreise der Fans – ausgelebt.

Die jüngsten Fälle von Gewalt und Rassismus im Fußball, die durch die Medien gingen, zeigen das Ausmaß des Problems: In Aachen skandierten Fußballfans rassistische Gesänge, in Rostock wurde Nationalspieler Gerald Asamoah aufgrund seiner Hautfarbe von den Zuschauern mit Affenrufen beleidigt. Beim EM- Qualifikationsspiel der deutschen Nationalelf am 11.10. hängten einige mitgereiste Anhänger die Reichskriegsflagge auf und skandierten Parolen wie „Zick- Zack- Zigeunerpack". Das Kreisligaspiel zwischen TuS Makkabi II und VSG Altglienicke II wurde vorzeitig abgebrochen, die Kicker des jüdischen TuS Makkabi verließen aus Protest den Platz wegen andauernder Sprechchöre vom Spielfeldrand wie „Synagogen müssen brennen", „Wir bau'n euch eine U-Bahn bis nach Auschwitz".

Jetzt soll die deutsche Nationalmannschaft in einem Fernsehspot Farbe im Kampf gegen Rassismus bekennen und für den 8. Spieltag der laufenden Bundesligasaison plant der DFB einen Aktionstag: Unter dem Motto „Zeig dem Rassismus die Rote Karte". Das wird nicht reichen!

Quellen: ND, 12. u. 16.10, Spiegel Online ■

Weder die israelische Regierung noch die „Anti-Terror-Allianz" stellen die Tauglichkeit von Militäreinsätzen zur Herstellung von „Sicherheit" in Frage.

Die US-Regierung, aber auch die Verantwortlichen in Berlin und London erhofften mehr oder weniger offen, dass die israelische Armee im Libanon eine „Lösung des Problems Hisbollah" herbeiführen könne. Erst wenn Hisbollah als Machtfaktor ausgeschaltet wäre, könnte man einen „nachthaltigen Waffenstillstand" fordern, hieß es noch Anfang August nach gut drei Wochen Krieg. „Die Bundesregierung gibt einer dauerhaften Lösung im Nahen Osten weiter den Vorzug vor einem sofortigen Waffenstillstand." (afp/dpa 2.8.2006) Eine solche Haltung kann wohl nicht isoliert aus dem Libanonkrieg heraus verstanden werden. Möglicherweise ging es auch um den Versuch mit Hilfe der israelischen Armee den Iran zu isolieren. Wenn Hisbollah als Machtfaktor ausgeschaltet wird, dann verändert dies die Ausgangslage für einen möglichen Iran-Krieg. Seymour Hersh zitierte im April 2006 in einem Artikel im ‚New Yorker' Analysen, dass bei einem Irankrieg Hisbollah „nicht beiseite stehen werde. Wenn die Israelis diese nicht ausschalten, werden sie gegen uns mobilisieren." Hersh vermerkte weiter: „Als ich den Regierungsberater über diese Möglichkeit befragte, sagte er, für den Fall, dass Hisbollah ins nördliche Israel schieße, würden ‚Israel und die neue libanesische Regierung diese ausschalten („finish them off")'".(4) Die Kooperationswilligkeit der Beiruter Regierung wurde offensichtlich falsch eingeschätzt, dennoch wird so klar, warum die Aktionen der israelischen Armee von der US-Regierung und ihren Verbündeten nicht sofort abgelehnt wurden. Auch wenn die Hisbollah sich nun nach Ende des Krieges als Sieger feiert, ist auch klar, dass sie in nächster Zeit (auch wenn sie nicht abgerüstet wird – wie auch immer dies umgesetzt werden soll) sehr zögerlich sein wird, nochmals israelisches Territorium anzugreifen. Am 28. August erklärte Sayyid Hassan Nasrallah in einem Interview im libanesischen Fernsehen, „dass seine Organisation am 12. Juli die israelischen Soldaten nicht gefangen genommen hätte, wenn er die Folgen vorausgesehen hätte. ... Er versucht damit auch Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, die den Hizbullah des Abenteurertums bezichtigt hatten." (NZZ 29.8.2006) Mit dieser eher defensiven Haltung versucht der Hisbollah-Chef die Macht seiner Organisation im Libanon zu sichern, es ist aber auch klar, dass damit die israelische Armee (und ihre mehr oder weniger offenen Unterstützer) die Hisbollah zwar nicht ausgeschaltet, aber doch für absehbare Zeit als möglicher Verbündeter des Iran geschwächt haben. (...)

Glaubwürdige Politik?

Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels ist die UNO-Resolution noch weit davon entfernt wirklich umgesetzt zu werden. Die zwei entführten israelischen Soldaten sind immer noch nicht befreit und die israelische Armee ist noch nicht vollständig aus dem Libanon abgezogen. Auch wenn die meisten Soldaten wieder in Israel sind, so sind doch entgegen der meisten Medienberichte israelische Soldaten nicht nur in den Schebaa-Farmen nach wie vor präsent, auch im Dorf Ghajar an der syrisch/libanesischen Grenze stehen „noch einige Dutzend israelische Soldaten und Offiziere" (NZZ, 2.10.2006). Doch weder die Befreiung der Entführten oder der Abzug der Soldaten, noch die Entwaffnung der Hisbollah sind Aufgaben, die von einer UNIFIL (oder auch jeder anderen) Truppe gewaltsam umgesetzt werden könnten.

Ohne einen umfassenden politischen Prozess wird es keinen dauerhaften Frieden und keine Sicherheit in der Region geben, weder für die Menschen in Israel, noch in den anderen Staaten der Region. Eine tragfähige Lösung muss die Demokratisierung des Libanon genauso einschließen, wie die Schaffung eines lebensfähigen Palästinenserstaates sowie Sicherheitsgarantien und Abrüstungsvereinbarungen für den gesamten Mittleren Osten. Weitere Waffenlieferungen oder einseitige Parteinahmen sind hierfür Gift. ...

Aufgrund ihrer großen moralischen Verantwortung für die Entstehung und die Aufrechterhaltung der Kriege und Krisen im Nahen Osten, sind deutsche Soldaten das denkbar schlechteste und unglaubwürdigste Mittel zur Deeskalation. Ein wesentlicher Schritt zur Vorbereitung einer Lösung könnte ein umfassendes ziviles Wiederaufbauprogramm für alle Opfer des Libanonkrieges sein, das weit über die Zusagen der Geberkonferenz hinausgeht und direkt bei den Betroffenen ankommt. Die Menschen im Süden des Libanon erleben bis jetzt fast ausschließlich die Hisbollah als Helfer. So wird kaum Akzeptanz geschweige denn Unterstützung für eine Schwächung der Hisbollah zu mobilisieren sein. Wichtig ist deswegen eine glaubwürdige Politik mit einer generellen Abkehr von doppelten Standards. Dazu gehört auch eine Abkehr von selektiven Sicherheitskonzepten und selektiver Menschenrechtsauslegung. Der Protest darf sich dabei nicht allein gegen die israelische Militärpolitik richten sondern gegen die gesamte westliche Militär- und Antiterrorpolitik.

Claudia Haydt ■

(1) Financial Times Deutschland Online 20.9.2006, http://www.ftd.de/politik/deutschland/114777.html?zid=82973
(2) Der Standard 1.10.2006 http://derstandard.at/?url=/?id=2607262
(3) Vgl.: http://web.amnesty.org/library/Index/ENGMDE020252006
(4) Seymour Hersh, THE IRAN PLANS, New Yorker 17.4.2006 (Übersetzung C.H.).

http://www.imi-online.de und http://www.militarisierung.de ■

Starke Demonstration in Augsburg für Bleiberecht

AUGSBURG. An den Kundgebungen und an der Demonstration durch die Augsburger Innenstadt gegen Lagerzwang und rassistische Ausgrenzung und für ein uneingeschränktes Bleiberecht für hier lebende Flüchtlinge nahmen am 7.10. zwischen 150 und 200 Menschen teil. Zwar konnte noch in der Woche davor die Grüne Landtagsabgeordnete Kamm begrüßen, dass endlich das besonders unmenschliche Flüchtlingslager bei Lagerlechfeld geschlossen wird, aber es war auch da schon klar: Hier gibt es noch sehr viel rassistische Praxis und ebensolche Vorhaben seitens der Innenminister zu beklagen (am 16. und 17. November will die Innenministerkonferenz in Nürnberg über weitere Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge beschließen) und damit viele Gründe, nicht vom Protest abzulassen. Die Demonstration, die im Rahmen des europaweiten Aktionstags stattfand, sollte auch in Augsburg an die Ereignisse vom Oktober 2005 erinnern, als bei der Erstürmung spanischer Außengrenzen durch afrikanische Flüchtlinge einige Hundert Verletzte und mehrere Tote an den Grenzzäunen zu beklagen waren. Zu der Demonstration in Augsburg hatten neben Flüchtlingsräten, antirassistischen AKs, Bündnissen gegen Lager, der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und den Grünen auch die VVN, das Forum solidarisches und friedliches Augsburg, die AFI und der Literaturkreis Treffpunkt Zunge und weitere Gruppen aufgerufen. Sie verlief trotz schlechten Wetters in sehr motivierter Stimmung – nach dem Motto: Mit uns muss man auch in Zukunft rechnen! Zum Beispiel bei der Demonstration gegen die Innenministerkonferenz.

Bei den Kundgebungen kamen auch anwesende Asylbewerber zu Wort, die über die menschenunwürdigen Zustände in den Aufnahmelagern berichteten: So werden z. B. bis zu vier Personen in einen Raum von ca. 14 qm untergebracht, oft ohne Möglichkeit selbst zu kochen, die Verpflegung aus den Zwangsessenspaketen ist meist vitaminarm, d.h. krankheitsfördernd, oft sind die Räume Bestandteile von eingezäunten Containern ... Es wurde von Vertretern der antirassistischen Gruppen als Fluchtursache die Politik des Westens gegenüber den Herkunftsländern benannt. Da wurden die Waffenlieferungen aus Deutschland in die diversen Kriegsgebiete angeprangert, aber auch die ökonomische Unterdrückung durch Ausbeutung der dortigen Ressourcen. – Da zeitgleich mit dieser Aktion die NPD und DVU in der Fußgängerzone einen Stand betrieben, gab es ein paar Antifaschisten, die mittels antifaschistischem Papierkorb die Einkaufenden aufforderten, die Faschisten-Flugblätter gleich als Müll zu entsorgen. Ein Polizist, der die Antifas dabei behindern wollte, musste erst einmal von seinem Einsatzleiter zurecht gewiesen werden.

jol ■

MigrationsAktionTag

HAMBURG. Am transnationalen Migrations-Aktions-Tag demonstrierten in Hamburg 6-700 Menschen aus Norddeutschland, darunter viele Flüchtlinge, für Bewegungsfreiheit, gegen Lager und Abschiebungen, für Bleiberecht und gleiche Rechte für alle. Trotz strömendem Regen war die Stimmung gut. Passende Musik vom Lautsprecherwagen und Informationen über einen neuen globalen Pass, der auf der Demo zu haben war, trugen genauso dazu bei wie zahlreiche Redebeiträge, in denen von Kämpfen hier und anderswo berichtetet wurde. Auf der Auftaktkundgebung wurde dargestellt, wie es zu dem transnationalen Aktionstag kam, der im Mai 2006 vom Europäischen Sozialforum beschlossen und von über 200 Gruppen in ganz Europa und Afrika unterschrieben wurde. Aktionen in neun deutschen Städten, acht europäischen und vier afrikanischen Ländern wurden erwähnt, Widerstand gegen die EU-Migrationspolitik auch und gerade in Afrika bekannt gemacht und Zusammenhänge zur Hamburger Situation hergestellt.

Dann berichteten Flüchtlinge aus dem Lager Blankenburg bei Oldenburg von ihrem Streik, den sie seit dem 4.10.06 gegen die menschenunwürdigen Bedingungen dort führen, und riefen zur Unterstützung ihrer Forderungen nach besserem Essen, medizinischer Versorgung und einem Ende der Schikanen und Beleidigungen durch das Lagerpersonal auf. Grundsätzlich fordern sie eine Beendigung der Isolationspolitik und damit der Lagerunterbringung und stattdessen das Recht auf Wohnungen für alle. Auf der Zwischenkundgebung am Gänsemarkt stellte eine Frau aus Afghanistan ihre Situation als Flüchtling und die Bedrohung durch die Hamburger Abschiebepolitik dar. Eine Organisation iranischer Flüchtlinge erhob Forderungen nach einer anderen Flüchtlings- und Außenpolitik. In einem weiteren Redebeitrag wurde gefragt, wie es in Deutschland aussähe, wenn es auch hier eine Legalisierung für Menschen ohne Papiere, Gesundheitsversorgung für alle und keine Abschiebungen gäbe und wenn die Zäune um Europa fallen würden. Bewegungsfreiheit nicht nur für einige wenige sondern für alle – eine wünschenwerte Utopie!

Vor dem Untersuchungsfängnis an der Holstenglacis, das auch als Abschiebehaftanstalt dient, wurde auf die Hamburger Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik hingewiesen und insbesondere die AusLagerung der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung nach Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern sowie das neue Hamburger Schülerregister kritisiert. Bei der Abschlusskundgebung am Schulterblatt forderten Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern eine Verlängerung des Abschiebestopps nach Togo, da dort weiter die Diktatur eines Familienclans herrscht. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge stellte sich vor. Abschließend wurde zur Demonstration zur Innenministerkonferenz am 16.11.06 in Nürnberg aufgerufen, um dort für ein bedingungsloses Bleiberecht und Papiere für alle einzutreten.

Ziemlich exakt mit dem Ende der Demonstration, als die TeilnehmerInnen noch zu einem Imbiss in die Rote Flora gingen, hörte der Regen auf und die Sonne kam heraus – ein Zeichen der Hoffnung und der neuen Perspektiven, die dieser transnationale Aktionstag eröffnet hat?

Der Aufruf und weitere Informationen zur Hamburger Demonstration sowie zu den Aktionen in anderen Städten und Ländern sind auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de zu finden

Quelle: www.fluechtlingsrat-hamburg.de - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org

Gegen die europäische Festung – Bleiberecht für alle !

KÖLN. Am Samstag, den 7. Oktober, haben auch in Köln etwa 500 Menschen friedlich gegen die Abschiebepolitik der BRD und der EU demonstriert. Dabei kamen auf der Abschlusskundgebung auf der Domplatte auch betroffene Flüchtlinge selbst zu Wort. Verschiedene regionale und auch landesweite Organisationen wie Flüchtlingsverbände oder „Kein Mensch ist illegal“ hatten zu dieser Aktion in Köln unter dem Motto „Hier geblieben! Bleiberecht!“ mobilisiert.

Die Demonstration war Teil eines internationalen Aktionstages, zu dem das Sozi-

alforum in Athen aufgerufen hatte, um überall die Stimme gegen die derzeitige Asylpolitik zu erheben. Weltweit waren Tausende von Menschen auf der Straße, in Deutschland, in anderen europäischen Ländern, sogar in Mexiko.

In der Domstadt waren dem Aufruf etwa 500 Demonstrantinnen und Demonstranten aus ganz NRW gefolgt und zogen, begleitet von exotischen Percussion-Klängen und Sprechchören, friedlich durch die Innenstadt. Auf der Domplatte fand dann die Abschlusskundgebung statt. Für die kulturelle Unterhaltung sorgten verschiedene Bands wie die Kölner Rapper von der Microphone Mafia, die in ihren Texten auch oft über die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Köln berichten. Natürlich gab es auch zahlreiche Redebeiträge zum Thema. Sehr bewegend war es, dass auch betroffene AsylbewerberInnen zu Wort kamen und den Zuschauern sehr lebensnah erzählen konnten, wie sie in Deutschland etwa beim Arztbesuch dem täglichen Rassismus aus der Gesellschaft begegnen und mit der ständigen Angst der Abschiebung leben müssen, die für viele Menschen schlicht den Tod bedeutet.

Denn die Abschiebebehörden zeigen wenig Interesse dafür, was die Opfer ihrer grausamen Politik in ihren Heimatländern erwartet. Viele werden dort verfolgt, gefoltert oder sogar getötet. Oft werden auch schwer Kranke abgeschoben, deren medizinische Versorgung in ihren Heimatländern nicht gewährleistet wird.

Sofortiger Abschiebestopp ist nötig. Für die Asylbewerber, die hier leben, müssen die Lebensumstände besser werden. Die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht für alle ist die einzige Alternative und die Forderung danach muss immer wieder laut werden. Immer noch leben Tausende von ihnen nur mit einer Duldung, was für sie zahlreiche Einschränkungen im täglichen Leben und die ständige Gefahr der Abschiebung bedeutet. Es gilt, der Festung Europa entgegenzutreten. In den letzten Jahren sind laut Schätzungen des Roten Kreuzes Tausende von Flüchtlingen beim Versuch, nach Europa – ihrer letzten Hoffnung auf ein besseres Leben oder einfach nur Überleben – zu gelangen, im Mittelmeer ertrunken oder – wie letztes Jahr geschehen – von der Polizei an den Grenzzäunen erschossen worden.

Im November wird die Bundesinnenministerkonferenz in Nürnberg tagen. Bei diesem Zusammentreffen gilt es, die Forderungen deutlich zu machen, damit dann hoffentlich erste Schritte in die richtige Richtung eingeleitet werden. Denn die Politik muss endlich handeln, damit nicht noch mehr Menschen durch die unmenschlichen Praktiken den Tod finden.

Mögen die Aktionen dieses Tages nicht unerhört bleiben!

Benjamin Wernigk ■

Foto: www.arbeiterfotografie.com

Bundesregierung will elektronische Ausländerkarte einführen

BERLIN. Die Bundesregierung plant, analog zum kommenden elektronischen Personalausweis eine elektronische Ausländerkarte einzuführen. Dies hat August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium in einer Rede über die Biometriestrategie des Bundes auf dem achten E12-Gipfel in Hamburg bekannt gegeben.

Während das geplante europaweite biometrische EU-Visum im Pass ein datenbankorientierter Ansatz sei, der mit dem Visa-Informationssystem der Schengen-Staaten allein die Ein- und Ausreise kontrolliere, solle die Ausländerkarte vor allem die Identifizierung ermöglichen.

„Wir wollen mit der elektronischen Ausländerkarte eine Identifizierungsmöglichkeit schaffen, wie sie der elektronische Personalausweis für unsere Bürger bietet, ein schneller 1:1-Vergleich ohne Rückgriff auf eine Datenbank", erklärte Hanning das Vorhaben gegenüber der Presse.

Mit einer elektronischen Ausländerkarte, die vom Umfang her einer digitalen Aufentshaltsgenehmigung entspricht, aber auch biometrische Merkmale wie Bild und Fingerabdruck enthalten soll, würde Deutschland innerhalb der EU eine Vorreiterrolle spielen. Denn eine solche Karte ist innerhalb der EU-Konsultationen noch nicht über das Entwurfsstadium hinausgekommen. „Industriepolitisch ergibt die Karte eine Menge Sinn. Derjenige, der zuerst kommt, setzt die Standards. Und der Sicherheitsbereich ist eine große Wachstumsindustrie", führte Hanning weiter aus. Außerdem sei dem Bürger nicht vermittelbar, wenn im Kampf gegen den Terror die schnelle Identitätsüberprüfung nur bei deutschen Staatsbürgern möglich sei

Auszug aus einer Meldung bei heise.de
www.heise.de/newsticker/meldung/ 7884
flucht-liste <flucht@nds-fluerat.org ■

Eine Schule wehrt sich gegen Abschiebung.

HAMBURG. Dieses Transparent hängt derzeit an der Ida-Ehre-Gesamtschule. Trotz der immer schwierigeren Situation in Afghanistan hält Innensenator Nagel an der Absicht fest, auch Familien mit Kindern in die Kriegs- und Krisenregion abzuschieben. Hier stehen die Abgeschobenen vor dem Nichts. Akut betroffen ist u.a. die Familie Ahmad, deren Tochter die Oberstufe der Ida-Ehre-Gesamtschule besucht. Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler organisieren Protest, unter anderem riefen sie für Mittwoch, den 4.10., zu einer Demonstration auf: „Wir müssen dieser Familie helfen und dürfen sie nicht ihrem

Schicksal in ihrer zerstörten Heimat überlassen." so die MitschülerInnen.

iegs ■

Geduldete Flüchtlinge nicht an ihrer Nützlichkeit messen

BERLIN. Bei einem Treffen der Landesinnenminister/innen und -Senatoren am Montag zeichnete sich ein Kompromiss in der Frage des Bleiberechts für langjährig geduldete Flüchtlinge ab. Selbst Bayerns Innenminister Beckstein, der bisher jede Bleiberechtsregelung abgelehnt hat, signalisierte seine Zustimmung zu einem sehr eng begrenzten Bleiberecht. Der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, genügt dies nicht: „Der nun vorgeschlagene ‚Kompromiss' schließt einen Großteil der geduldeten Flüchtlinge faktisch aus. Das Problem der Kettenduldungen bleibt also ungelöst. Wir bleiben bei unserer Forderung nach einem Bleiberecht, dass sich allein an der Aufenthaltsdauer festmacht."

Grundsätzlich begrüßt die Innenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE. die Forderung nach einer Erleichterung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Ulla Jelpke warnt aber vor einem Kuhhandel zwischen SPD und Union:

„Offensichtlich wollen die Unionspolitiker für ihr kleines Zugeständnis beim Bleiberecht, dass Flüchtlinge und Asylsuchende nicht nur für die ersten drei Jahre, sondern auch darüber hinaus nur die erheblich eingeschränkten Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten sollen, selbst wenn sie nicht dafür verantwortlich sind, dass ihr Aufenthalt länger andauert. Dies wäre offen verfassungswidrig und ein klarer Verstoß gegen die Menschenwürde und das Gleichbehandlungs, Rechts- und Sozialstaatsgebot. Die Union muss aufhören, Menschen nur nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit zu bewerten und Zuwanderung und Integration im Wesentlichen als ordnungspolitisches Problem zu begreifen."

PM Ulla Jelpke ■

Flüchtlinge im Lager Blankenburg sind am 4.10.06 in Streik getreten

OLDENBURG. Am Morgen des 4. Oktober haben in der ZAAB Oldenburg 200 Menschen vor dem Sozialamt und der Essensausgabestelle gegen ihre unwürdigen Lagerbedingungen protestiert. Sie sind jetzt in den Streik getreten und verweigern das schlechte Lageressen, sowie die Ausführung der Ein-Euro-Jobs.

Das Lager-Essen ist vitaminarm, was zu Krankheiten und Mangelerscheinungen führt. Viele Menschen im Lager gehen schon lange nicht mehr in die Kantine, sie haben im Monat nur 38,18 Euro zur Verfügung um sich eigene Lebensmittel zu kaufen. Viele erhalten überhaupt kein Bargeld mehr. Sie fordern unter anderem Geldleistungen, um sich ihre Lebensmittel selber kaufen zu können und die Möglichkeit selber zu kochen.

Die Lagerleitung reagierte auf die friedliche Demonstration mit einem massiven Polizeiaufgebot. Eine schwangere Frau wurde mit Pfefferspray angegriffen und musste ärztlich behandelt werden. Die Flüchtlinge boten dem Lagerleiter Herr Lüttgau an, die Demonstration zu beenden, wenn er bereit sei, von dem Essen zu kosten. Dies tat er nicht.

Des weiteren fordern die Menschen aus Blankenburg eine medizinische Versorgung, die Krankheiten auch behandelt. Bisher bekommen die Flüchtlinge zumeist das Schmerzmittel Paracetamol, egal um welche Krankheit es sich handelt.

Die Flüchtlinge protestieren ebenso gegen die unmenschliche Behandlung der Lagerbehörden, die häufig mit rassistischen Äußerungen und bürokratischen Maßnahmen die Lagerbewohner schikanieren. Gegen diese unwürdigen Lagerbedingungen sind die Flüchtlinge nun in Streik getreten und riefen zu einer Demonstration am Freitag, den 6.10.06 auf. 3 Menschen, die sich von außerhalb mit den Hungerstreikenden solidarisierten, sind mit Hausverbot bestraft worden, worauf eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch folgen soll. Andere Besucher sind gar nicht in die ZAAB hereingelassen worden. Die Lagerleitung scheut sich vor der Öffentlichkeit, die die unhaltbaren Zustände im Lager offen legen könnte.

Quelle: Pressemitteilung Antirassistisches Plenum Oldenburg ■

Kein Eltern-, Kinder- und Erziehungsgeld für bleibeberechtigte Ausländer?

BERLIN. Mit einem Gesetzgebungscoup in allerletzter Minute will die Koalition jetzt dafür sorgen, dass Ausländer, die aus humanitären Gründen ein auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht haben, nur in wenigen Ausnahmefällen einen Anspruch auf Elterngeld, Kindergeld oder Erziehungsgeld haben sollen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber bereits Ende 2004 aufgefordert, bis zum 1. Januar 2006 eine gesetzliche Neuregelung zu schaffen. Mit dieser sollte aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen Ausländern das Kinder- und Erziehungsgeld für Ausländer mit einem aus humanitären Gründen erteilten Aufenthaltstitel gesichert werden. Die jetzt gewählte Taktik und ihr gesetzgeberisches Ergebnis ist ein massiver Affront gegen das Bundesverfassungsgericht. Weitgehend ausgeschlossen von Familienleistungen sollen zukünftig sein:

- Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Entscheidung einer Härtefallkommission (§ 23 a AufenthG),
- Kriegsflüchtlinge (§ 24 AufenthG),
- Flüchtlinge, die aus menschenrechtlichen Gründen nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder die wegen konkreter Gefahr für Leib und Leben eine Aufenthaltserlaubnis besitzen (§ 25 Abs. 3 AufenthG),
- Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis aus sonstigen humanitären Gründen besitzen (§ 25 Abs. 4 AufenthG),
- Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, weil aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen eine Rückkehr dauerhaft unmöglich ist (§ 25 Abs. 5 AufenthG).

Besondere Absurditäten ergeben sich beim Elterngeld. Zählen die Ausländer zu den o.g. Personengruppen, dann ist Voraussetzung für den Bezug des Elterngeldes, dass der betreuende Elternteil in Teilzeit bis zu 30 Stunden erwerbstätig ist oder ihm der Arbeitgeber Erziehungsurlaub gewährt hat. Ist jedoch ein Elternteil voll erwerbstätig und der andere gar nicht, soll auch der Grundbetrag für nicht erwerbstätig Erziehende von 300 Euro monatlich verweigert werden. Und wer als Ausländer mit einem humanitärem Aufenthaltstitel weniger als 3 Jahre in Deutschland lebt, soll überhaupt keine Familienleistungen erhalten. „Es gibt keine sachlichen Gründe für den Ausschluss von Ansprüchen auf Familienleistungen. Vielmehr führt dieser zu einer Schwächung von Familien und stellt eine eklatante Diskriminierung dar", so Cornelia Spohn vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften. „Die Sonntagssprüche über die Förderung von Kindern und Familien gelten offenbar nichts, wenn es das Bundesinnenministerium so will", so Bernd Mesovic von PRO ASYL.

Bernd Mesovic, Referent Pro Asyl, Cornelia Spohn, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V ■

Kein Sonderrecht für junge Flüchtlinge ohne Begleitung

BERLIN. Die Gesetze zur Kinder- und Jugendhilfe sind keine Ausnahme vom Asyl- und Ausländerrecht. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/2633) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/2539). Wie die Regierung mitteilte, hat die Bundespolizei 75 minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung vom 1. Oktober 2005 bis 30. Juni 2006 aufgegriffen. 41 Flüchtlinge seien jünger als 16 Jahre gewesen. Allein im Bundesland Hessen seien 43 unbegleitete Minderjährige gestellt worden. Nach Auskunft der Bundesregierung prüfen die Grenzbehörden in solchen Fällen, ob sie die Jugendlichen in ihre Heimat zurückschicken können. Das Jugendamt werde eingeschaltet, wenn eine Abschiebung nicht möglich sei, oder wenn Minderjährige in Abschiebehaft genommen würden. Bei einer sofortigen Abschiebung werde das Jugendamt normalerweise nicht informiert.

Aus: Heute im Bundestag – Pressedienst des deutschen Bundestages ■

Auftakt zum Vernichtungskrieg

Eine neue Studie über den Feldzug gegen Polen

Der Polenfeldzug und damit der Beginn des 2. Weltkriegs ist in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft unterrepräsentiert, insbesondere was die Frage anlangt, inwiefern in diesem relativ kurzen Krieg bereits Grundlagen späterer Vernichtungskriege und des Holocaust gelegt wurden. Die Kernthese Jochen Böhlers, der den Krieg in Polen minutiös untersucht hat, lautet, dass tatsächlich bereits wesentliche Elemente der künftigen deutschen Kriegs- und Mordmaschinerie zu Tage getreten seien: willkürliche Liquidierungen und eine brutale Kriegsführung, die nicht zwischen Soldaten und Zivilisten unterschied. Daher sei „die herkömmliche Sichtweise zu hinterfragen, nach der der Vernichtungskrieg im Sommer 1941 in einer Art Urknall über Ost- und Südosteuropa hereinbrach: (...) im September 1939 (fanden) überall im Lande Erschießungen durch reguläre Einheiten des deutschen Heeres statt, denen tausende polnischer und jüdischer Zivilisten und Kriegsgefangener zum Opfer fielen." Parallel zur Wehrmacht agierten die Einsatzgruppen, die auf Himmlers Anordnung „polnische Aufständische (...) auf der Stelle erschießen" sollten.

Die Entgrenzung kriegerischen Handels fand 1941 nicht erstmals statt, sondern hatte einen Vorläufer.

Auch Böhler stellt die Frage, warum sich deutsche Soldaten zu diesen Massenmorden bereit fanden. Seine These lautet, dass nicht allein ideologische Momente (Antisemitismus und Antislawismus, die im Heer wie in der deutschen Bevölkerung tief verwurzelt waren) eine Rolle spielten, sondern mindestens genauso „situative Momente". Das deutsche Heer war der Situation psychisch nicht gewachsen, weil es kampfunerfahren und dadurch unsicher war. Viele der Schusswechsel, für die polnische Zivilisten verantwortlich gemacht und bestraft wurden, erweisen sich als Schießereien zwischen deutschen Soldaten, die in ihrer Nervosität den Überblick verloren hatten. Der Deutschen „Zorn entlud sich in Brandstiftungen und Massenerschießungen von Zivilisten in polnischen Ortschaften sowie in der Tötung polnischer Soldaten unmittelbar nach der Gefangennahme". Die „verübten Gewalttaten (entluden) sich in den ersten Tagen und Wochen des Krieges vor Ort spontan".

Die „Eindrücke (...) des Vormarsches und der ungewohnten Situation des ersten Einsatzes (verbanden sich) zu einer gefährlichen Mixtur (...) Ein Großteil der Erschießungen polnischer Zivilisten (...) ist darauf zurückzuführen, dass die Truppe die Einwohner von Ortschaften an der Vormarschstraße verdächtigte, sich an den Kampfhandlungen zu beteiligen." In jedem Polen sah man einen Freischärler, der die Deutschen aus dem Hinterhalt anzugreifen bereit war – wobei es sich nachweislich um eine „Schimäre" handelte. Hinter der schnell vorstoßenden Frontlinie blieben viele polnische Soldaten zurück, die von der Wehrmacht als Partisanen behandelt wurden.

Ohne die Unsicherheit unerfahrener Soldaten in Abrede stellen zu wollen, fragt sich, ob Böhler diesen Aspekt nicht überbewertet. Würde Angst, gar Panik der Soldaten die treibende Kraft gewesen sein, wäre zu erwarten, dass sich die Gewaltausbrüche zu aller erst gegen tatsächliche oder nur angenommene Kombattanten richtete. Dem war nicht so, wie Böhler selbst schreibt: Die Landser ermordeten „wissentlich Menschen, die ihnen eigentlich am unverdächtigsten hätten erscheinen müssen: Säuglinge, Kinder, Frauen sowie alte und gebrechliche Menschen".

Ferner gab es durchaus Befehle, die diese Verbrechen anordneten; sie ereigneten sich also zumindestens teilweise keineswegs „spontan": „Wird aus einem Dorf hinter der Front geschossen, und ist das Haus, aus dem das Feuer kam, nicht festzustellen, so wird das ganze Dorf niedergebrannt."

Und die gesonderte Behandlung der jüdischen Bevölkerung weist auf das Gewicht der rassistischen Faktoren für die Brutalität der Wehrmacht hin. Juden wurden gedemütigt, gequält und geschlagen, gefangen genommene jüdische Soldaten der polnischen Armee wurden ausgesondert und erschossen. Auch Böhler gelangt an dieser Stelle zu dem Ergebnis, dass den „situativen Aspekten hier allenfalls eine untergeordnete Rolle zuzurechnen ist".

Dennoch ist unzweifelhaft, dass die deutschen Verbrechen in Polen 1939 eine der Vorbedingungen der Ereignisse zwei Jahre später in der Sowjetunion waren. Das sehr detailreich und auf einem enormen Quellenfundus basierend herausgearbeitet zu haben, ist ein erhebliches Verdienst von Böhlers Arbeit.

F ■

Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, 279 S., 2 Euro (Ersterscheinung bei Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2006)

Schlechte Filme – gute Nazis

Hitler & Co zur Primetime bescheren den Sendern hohe Quoten und den Zuschauern ein gutes Gefühl

Nach dem Fräuleinwunder, dem Wirtschaftswunder und dem Wunder von Bern nun auch noch das Deutsche Filmwunder: Die Nazis werden immer besser. Gut 60 Jahre nach Ende des deutschen Faschismus hat Hitlers „mildes Antlitz" (Welt) in den Traumfabriken Hochkonjunktur - der kollektive Verzicht auf historische Verantwortung auch. Im Film wie im wahren Leben. Dass das zusammenhängt, belegt der Hamburger Filmkritiker und ehemalige Staatsanwalt Dietrich Kuhlbrodt anhand seiner Ausführungen zur deutschen Filmgeschichte nach 1945. „Mit dem ‚Untergang' haben wir den besten Hitler, den wir je hatten", schreibt der Autor. Dessen Geburt „in der Weimarer Republik" folgte die Erfahrung einer Kindheit und Jugend zu Zeiten des Faschismus, dann der ernsthafte Versuch eines aufrechten Antifaschisten, als Staatsanwalt die Mörder und ihre Helfershelfer ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Dieses Unterfangen scheiterte bekanntermaßen an der Tatsache, dass diejenigen, die vor 1945 Kraft ihres Amtes Unrecht zu Recht gemacht hatten, im Westen diese Ämter auch danach weiter ausüben konnten. Der Staatsanwalt interessierte sich indes nicht nur für das Wirken alter und neuer Nazis, sondern auch für deren Darstellung im Film. Seit mehr als fünfzig

Jahren beschäftigt er sich mit dem Thema Filmgeschichte und schreibt darüber. Sein jüngstes Buch „Deutsches Filmwunder - Nazis immer besser“ ist kürzlich im Hamburger Konkret-Verlag erschienen. Laut Kuhlbrodt machte der Film in Bezug auf den Faschismus erstaunliche Wandlungen durch. In der Adenauerzeit wurden die Nazis in ausländischen Filmen wegzensiert. „Ende der fünfziger Jahre schien die Selbst-Entnazifizierung des deutschen Volkes, der Wehrmacht eingeschlossen, gelungen“, schreibt er. Doch Pustekuchen, es kam die Studentenrevolte und damit begann die (filmische) Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Nazis waren wieder da - und die unbequemen Fragen auch. Dann, Anfang der achtziger Jahre, kam Hitler abhanden, Ende der achtziger Jahre war auch der wieder da: z.B. in Christoph Schlingensiefs „100 Jahre Adolf Hitler - Die letzte Stunde im Führerbunker“, in dem Kuhlbrodt den Goebbels spielte. In den neunziger Jahren folgten Dokumentationen mit „schäbigen Nazis“. Unterdessen werden die Nazis jedoch immer besser. Jedenfalls im Film.„Wir schauen in ein Antlitz, das vor Milde schimmert“, lobhudelt Springers Welt über Bruno Ganz als „Führer“ im „Untergang“. Solche Zitate geben Kuhlbrodt Recht: der beste Hitler, den wir je hatten. Der Autor kommt in seinem „Erlebnisund Lesebuch“ etwas selbstverliebt daher, was ihm offenbar auch aufgefallen ist: „Das Wort ‚ich‘ kommt voraussichtlich in dreistelliger Größe vor“, warnt er im Vorwort. Zudem jongliert er leicht arrogant mit seinem Fachwissen. Außerdem geizt er nicht mit Lob für Christoph Schlingensief. Warum eigentlich? Lady Di mit Hitler zu kombinieren, ist noch keine notwendigerweise gelungene Vergangenheitsbewältigung, sondern wirkt eher etwas zwanghaft. Für den Autor spricht, dass er sich nicht anmaßt, eine umfassende Analyse vorgelegt zu haben. Er lässt uns teilhaben an seinen persönlichen Ein- und Aussichten, seiner subjektiven Auseinandersetzug mit dem Thema „Nazis im Film“. Das „Filmwunder“ rückt die Bilder in unserem Kopf zurecht. Kuhlbrodt bietet ein intelligentes, zum Nachdenken anregendes, gleichwohl unterhaltsames, vor allem aber dringend notwendiges Kontrastprogramm zum gängigen „Hitler-Hype“.

Birgit Gärtner

Kuhlbrodt, Dietrich, Deutsches Filmwunder – Nazis immer besser, Hamburg 2006, 200 Seiten, 15.- Euro

Robert Hültner: Die Inspektor-Kajetan-Reihe

Er deckt die Zusammenhänge des Mordes an Kurt Eisner auf, rekonstruiert bei jedem der Fälle, an denen er arbeitet, Verbindungen zu nationalistischen Freikorps und in die obersten Ränge von Politik und Militär. Deswegen entkommen die Täter meist dem Gesetz. Stattdessen wird Inspektor Kajetan wegen seiner Unbestechlichkeit und Wahrheitsliebe sogar aus dem Polizeidienst suspendiert und muss sich als Privatdetektiv durchschlagen.

Robert Hültners Krimis um den sympathischen Polizisten spielen im München der Weimarer Republik und entwerfen ein detailreiches Bild der politischen und kulturellen Zusammenhänge dieser Zeit. Hültners Stil und auch seine Themen erinnern an Oskar Maria Graf oder Lion Feuchtwanger, er erzählt in einer schlichten und doch poetischen Sprache, seine Naturbeschreibungen und Charakterstudien sind von realistischer Tiefe.

Es geht nicht nur um Mord in Hültners mittlerweile vier Kajetan-Krimis, sondern auch darum, den nach und nach aufkeimenden Nationalsozialismus und seine Wurzeln zu rekonstruieren. Alle Morde ereignen sich im politischen Milieu. Nie ist es der einfache Arbeiter oder der Halbwelt-Strizi, der bei Hültner einen oder mehrere Menschen auf dem Gewissen hat. Es sind rechtsradikale Majore, Generäle, Politiker, Mitglieder der Bourgeoisie oder gewissenlose Parvenüs, die sich bereichern oder frühere Verbrechen vertuschen wollen.

Zudem entwirft Hültner, der mehrfach mit dem Deutschen Krimipreis ausgezeichnet wurde und auch Tatort-Drehbücher schreibt, in den Inspektor-Kajetan-Krimis eine kleine Kulturgeschichte Münchens der 1920er Jahre. In den zahlreichen Dialogen finden sich eine Menge Dialektausdrücke, die schon fast vergessen sind, die einschlägigen Kneipen, Bierkeller und Varietés der damaligen Zeit sind wichtige Schauplätze der Handlung und Kajetan kommt mit den verschiedenen Subkulturen der Zeit wie zum Beispiel der alternativen Siedlerbewegung in Berührung. Der Inspektor streift durch ein München, in dem Haidhausen noch Vorstadt war und die Au das Glasscherbenviertel, in dem der Matthäser-Keller noch ein wichtiger Treffpunkt für politische Versammlungen war und die Marktleute am Viktualienmarkt die Sperrstunde missachteten und bis in die frühen Morgenstunden zusammen mit Prostituierten und Lumpenproletariern in ihren engen Buden ihr Bier tranken und eine Schlägerei mit einem Polizisten anfingen, wenn der sie zum Heimgehen ermahnte. Dazu begegnet Kajetan auch Figuren, die in die Kriminalgeschichte Münchens eingeschrieben sind, wie zum Beispiel Joseph Apfelböck, der als 16jähriger seine Eltern ermordet und anschließend im Schlafzimmer der Haidhausener Eineinhalbzimmer-Wohnung versteckt hat.

Die Inspektor-Kajetan-Krimis rekonstruieren ein München, das es nicht mehr gibt und sind ein spannendes Lesevergnügen. Hat man sie alle vier gelesen, hofft man darauf, dass der Fünfte bereits in Arbeit ist.

Katrin Sorko, Mitarbeiterin der Basis Buchhandlung München ■

Inspektor Kajetan und die Sache Koslowski, btb Taschenbuch, Euro 7,- ISBN 3-442-72144-X. Die Godin, Walching sowie Inspektor Kajetan und die Betrüger ebenfalls btb Tb

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Deutsche Dichter

GREVENBROICH. In der aktuellen Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa" rezensiert der ehemalige Neusser NPD-Funktionär Manfred Müller ein Buch von Guido Karutz, das im Grevenbroicher „Bernardus-Verlag" erschienen ist. Karutz, Germanist und evangelischer Theologe mit einer langjährigen Erfahrung aus gymnasialer Lehrtätigkeit, Lehrerausbildung und Erwachsenenbildung veröffentlichte in dem Verlag ein „Hebbel-Lesebuch" unter dem Titel „Funken, die Sonnen entstammen" über den Dichter Friedrich Hebbel.

Schon 1966 erschien ein Aufsatz von Karutz über die „Metaphorik Goethescher Gedichte" in den „Klüter Blättern" des neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes" (DKEG). Den hatte er als Referat im Germanistischen Seminar der Universität Köln gehalten. 1994 wurde ein Text von Karutz über eine „Familienchronik der Goethezeit" in der Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) abgedruckt, die im extrem rechten „Grabert-Verlag" erscheint.

Im „Deutschen Almanach" (Verlagsgesellschaft Berg) des Jahres 1995, herausgegeben von Andreas Molau, im vergangenen Jahr noch Bundestagskandidat der neofaschistischen NPD, findet man ein Gedicht von Karutz mit dem Titel „8.Mai 1985" in dem das „Vaterland" beklagt wird, dessen „Standarten im Staub" liegen und wo auf dem Markt „die Fremden das Wort führen". Das Gedicht endet mit den Zeilen „Noch dauert das Dunkel. Deutschland! Dein Morgen wird kommen".

Bereits 2003 hatte Rezensent Müller ein Buch in dem zum Zisterzienserkonvent Langwaden gehörenden Verlag veröffentlicht. Der bewirbt sein Buchangebot u.a. in der „Jungen Freiheit" und in der „Deutschen Sprachwelt".

hma ■

Nazi-Rede nachgedruckt

STRAELEN. Unter dem Namen Ralf Wittrich ist im „Milan-Verlag" in Straelen eine Broschüre unter dem Titel „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich / Das Sofortprogramm 1933/34" veröffentlicht worden.

Das Heft besteht im Wesentlichen aus einer Rede, die der damalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium der Nazis, Fritz Reinhardt (1895-1969), im Oktober 1933 vor dem „Industrie-Club" in Düsseldorf und im „Klub zu Bremen" gehalten hatte. Der war bereits vor dem 1.Weltkrieg Mitglied des „Deutsch-Völkischen Bundes" und trat 1923 der NSDAP bei. Hier stieg Reinhardt bis zum Gauleiter und Reichspropagandaleiter II der NSDAP auf. Über den Tisch des für Steuern und den Reichshaushalt zuständigen NS-Staatssekretärs liefen im Jahr 1942/43 auch die Abrechnungen der von der SS an die Reichsbank abgelieferten Wertgegenstände, einschließlich des Zahngoldes, die in dem NS-Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt" deportierten Jüdinnen und Juden bei ihrer Ermordung abgenommen wurden.

Von den Alliierten verhaftet trat Reinhardt als Zeuge bei den Nürnberger Prozessen auf. Er selbst wurde 1950 von einer Spruchkammer in München als „Hauptbeschuldigter" eingestuft.

Vertrieben wird die Broschüre u.a. vom „Regin-Verlag" (Wachtendonk bei Straelen) von Markus Fernbach. Der gibt die extrem rechte Zeitschrift „Hagal" heraus und trat unlängst als Gastreferent bei der neofaschistischen „Deutschen Akademie" auf.

hma ■

Zwei Jahre NPD im sächsischen Landtag – Broschüre erschienen

DRESDEN. Anlässlich des zweijährigen Jubiläums auf Landesebene veröffentlicht NIP nun eine Broschüre über zwei Jahre NPD im sächsischen Landtag.

Nachdem im Juni 2004 zur sächsischen Kommunalwahl insgesamt 52 MandatsträgerInnen für verschiedene extrem rechte Parteien in kommunale Parlamente eingezogen waren, entstand das Projekt NIP – Nazis im Parlament. Als ein Viertel Jahr später dann die NPD mit damals 12 Abgeordneten auch noch in den Sächsischen Landtag einzog, wurde das selbst gesteckte Aufgabenfeld deutlich größer. Seither sind die MacherInnen von NIP bemüht,kontinuierlich und sachkundig die Aktivitäten der NPD im Sächsischen Landtag zu dokumentieren, genauso wie die Aktivitäten der NPD und anderer extrem rechter Abgeordneter auf kommunaler Ebene.

Das AutorInnenkollektiv schreibt in seiner Einleitung: „2 Jahre eine Fraktion der NPD im sächsischen Landtag das bedeutet auch 2-jährige Aufbauarbeit an einem organisatorischen Zentrum der deutschen Neonaziszene. Es ist kein Geheimnis, dass der Einfluss der Fraktion weit über den Parlamentssaal hinausreicht. Ein aktueller Beleg dafür war etwa das Engagement des Fraktionsvorsitzenden Apfel als Wahlkampfleiter in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Sympathie für menschenfeindliches Denken kann allerdings nicht eingedämmt werden, indem ähnliche Ideologeme mit blumigeren Worten für sich besetzt werden, um der NPD die WählerInnen abspenstig zu machen, vermeintliche Tabus zu brechen und „Verklemmtheiten" zu lösen. Stellvertretend seien hier die jeweiligen „Patriotismus" -Initiativen der sächsischen CDU und ihrer Jugendorganisation genannt, die anschaulich zeigen, wie Themen der Neonazis als Themen der „Mitte" eine Hochkonjunktur erlebten. ... Ein Problem ist eben nicht nur die Anwesenheit einer 9-köpfigen NPD-Fraktion, sondern auch der Rechtsschwenk, den Teile großer konservativer Parteien und Organisationen der „Mitte" vollführen, um das WählerInnenklientel der NPD (wieder) für sich zu gewinnen.

Wir wünschen allen LeserInnen eine interessante Lektüre, freuen uns über Anregungen und Kritik und hoffen, mit der vorliegenden Broschüre etwas zu einer offensiven Auseinandersetzung mit Neonazis beitragen zu können."

http://nip.systemli.org
download der Brochüre von der Website möglich ■